

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Bfg. vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Fragerlösen. In den Adressverzeichnissen monatlich 20 Bfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Bfg.

Einzelgewichte:
Die gepaltene Bettstelle 25 Bfg., für nurwärts 30 Bfg., die gepaltene Kellergasse 80 Bfg., die gepaltene Markt- und Wohnungsanzeigen 10 Bfg. Anzeigen mit Bildbeimung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Ar. 46 Danzig, Sonnabend den 17. November 1917 8. Jahrgang

Waffenstillstand und Frieden!

Drei Monate Waffenstillstand schlägt die revolutionäre russische Regierung den kriegführenden Nationen vor! Drei Monate Waffenruhe werden nach ihrer Ansicht genügen, um die Friedensbedingungen zu vereinbaren und dem erschöpften und geschundenen Europa die Ruhe und die Menschlichkeit wiederzugeben und endgültig das Gespenst des Krieges zu erwürgen.

Eine seltsame, kaum glaubliche Hoffnung tut sich vor uns auf: Zum erstenmal ist es ein Staat der Entente, der den Frieden anbietet. Zum erstenmal seit einem Jahre lebt wieder eine bestimmte Hoffnung in uns auf, daß es doch zu Ende gehen könnte, daß der Friede wieder einmal Wirklichkeit werden könnte, der wie ein fernes Traumbild vor unseren Augen garkelt.

Wie wird Frankreich, wie wird England, wie wird die deutsche Regierung sich zu dem Angebot verhalten? Werden sie darauf eingehen, den Versuch wagen?

Aus Frankreich steigt bisher nur eine Blätterstimme vor, die des kriegswütigen „Temps“, dem das Friedensangebot gänzlich gegen den Strich geht. Die russischen Friedensfreunde werden als im Dienste Deutschlands stehend verdächtigt, indem das Blatt schreibt:

„Mit Zustimmung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns haben die Maximalisten Petersburgs den Kunstgriff versucht, den wir erwartet haben: Sie schlagen allen Kriegführenden vor, über den Frieden zu verhandeln und inzwischens einen dreimonatigen Waffenstillstand zu schließen. Die deutschen Blätter haben sich beeilt, die Tatsache zu veröffentlichen. Das „Freundenblatt“ bespricht sie scheinbar ernsthaft, als wenn sie das Werk der wirklichen Regierung wäre. Dadurch zeigt der Feind, was er von der Anregung Lenins und seiner Helfershelfer erwartet. Er denkt weder daran, ernsthafte Verhandlungen zu beginnen, die ihn zwingen würden, sehr Bedingungen bekannt zu geben, noch auch nur einen Sonderfrieden mit Rußland zu schließen, in dessen Namen zu sprechen die Maximalistenbande ja nicht in der Lage ist. Der Feind sucht ganz einfach bei den Entente-Läufers eine Volksbewegung hervorzurufen, welche den Kämpfern die Waffen aus der Hand nehmen würde. Der Schritt des Arbeiter- und Soldatenrates ist nichts als eines der Mittel, mit dem Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein Spiel zu machen suchen. Die Bevölkerung Frankreichs wird diesen Betrugereien Ruhe und Verachtung entgegenstellen. Die Maximalisten Petersburgs haben nichts von einer Regierung und nicht viel Russisches an sich. Wenn es Deutschland und Oesterreich-Ungarn paßt, sie als russische Regierung hinzustellen, und mit Wäre vorzuschlagen, daß man mit ihnen verhandelt, so haben wir die besten Gründe der Welt, uns durch solche Masterade nicht lächerlich zu lassen. Wir werden den Frieden nicht in einer Räuberhöhle abschließen.“

Nach dem „Lokalanzeiger“ sollen informierte Entente-Freunde der schwedischen Telegrapheninformation erklärt haben, die Ententeregierungen werden unter keinen Umständen der Beschickung einer vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagenen Friedenskonferenz zustimmen. Auch von der Stellung eines Ultimatum in Petersburg werde abgesehen werden.

Die finnische Zeitung „Hufvudstadsbladet“ berichtet, daß am Donnerstag die Entente-Botschafter in Petersburg eine Konferenz abhielten, deren Beschlüsse jedoch geheim gehalten wurden. Doch soll man sich den Ereignissen in Rußland gegenüber zunächst zu einer abwartenden Stellung entschlossen haben. Es ist allgemein bekannt, daß die weitere Entwicklung der Lage zu ernststen Maßnahmen von Seiten der Alliierten führen wird.

Nach dem russischen Blatte „Nowaja Sibir“ sollen die Entente-Vertreter beschloffen haben, die Bolschewiki-Regierung nicht anzuerkennen.

Nach Meldungen im „Berliner Tageblatt“ (aus Petersburg über Stockholm) wird der Beschluß aller Petersburger Botschafter und Gesandten über die Stellung zu den jüngsten Ereignissen in Rußland geheim gehalten. Am 10. November fand wieder eine Konferenz von Diplomaten der Alliierten bei Buchanan statt. Ihre Beschlüsse wurden mitgeteilt. Es heißt, daß die weitere Entwicklung der Lage zu ernststen Maßnahmen von Seiten der Alliierten führen könne. Ferner beschloffen die Botschafter, keineswegs mit der Regierung der Bolschewiki in amtliche Verbindung zu treten und unverzüglich Rußland zu verlassen, falls sich die gesamte Armeekategorie dem Sowjet anschließt. Dessen ungeachtet machte am Donnerstag Buchanan dem Suomi-Institut einen Besuch.

Aus der deutschen Presse liegen bisher ebenfalls nur wenige Stimmen vor. Nach der „Post“ darf das Friedensangebot der russischen Maximalisten in Deutschland keine falschen Vorstellungen und Hoffnungen erwecken. Es ist kein russisches Friedensangebot schlechthin, sondern das Friedensangebot einer russischen Partei. Schlimmer als je tobe in dem ehemaligen Karenreich der Bürgerkrieg. Wir wissen nicht, sagt das Blatt, welcher Partei der Sieg zufällt, welches Programm Rußlands endgültigen Willen darstellen wird. Wenn

sich an anderen Stellen der ernsthafte Wille regt, den Deutschland selbst vor Jahresfrist deutlich ausgesprochen hat, findet Deutschland der Sache nach keinen Grund, Unbefriedigung zu zeigen. Nur die allgemeine Voraussetzungslosigkeit mit der sich die Petersburger Maximalisten der Friedensfrage widmen, gibt doch wohl zu Ausstellungen Anlaß.

Unsere Meinung kann das nicht sein. In Rußland kann sich nur eine Partei am Ruder halten, wenn sie ihrem Lande und Volke den Frieden bringt. So ganz „voraussetzungslos“ sind also die russischen Vorschläge nicht. Lenin ist kein König von Montenegro, mit dessen Friedenswünschen die Entente seinerzeit rasch fertig geworden ist.

Die „Germania“ sieht den Vorschlag erster an. Sie meint, die Stockholmer Konferenz soll wieder aufleben, aber diesmal in einer anderen aussichtsvolleren Form. Wenn die Geschäfte einmal für eine längere Zeit zum Schweigen gebracht sind, dann wird das Kriegsfieber auch in den Entente-Ländern einer nüchternen Erwägung Platz machen. Sie sehen ihre Felle eins nach dem anderen davonschwimmen.

In der „Freisinnigen Zeitung“ liest man: Die Alliierten haben bis jetzt jeden Friedensvorschlag von außen mit Spott und Hohn beantwortet, jede Friedenskundgebung im Innern unterdrückt. An ihnen liegt es jetzt, den ersten Friedensvorschlag, der von einem ihrer Verbündeten ausgeht, zu beantworten.

Treffend sagt der „Vorwärts“: Die deutschen Arbeiter ohne Unterschied der sozialistischen Richtung begrüßen den russischen Vorschlag als einen viel verheißenden neuen Schritt zum Frieden. Sie sind zu seiner lebhaften Unterstützung bereit.

Die guten Ausichten, die sich aus Rußland eröffnen, dürfen nicht durch eine falsche Politik der Mittelmächte wieder verschüttet werden. An ihrer aufrichtigen Bereitwilligkeit, sofort nach allen Seiten hin in den Waffenstillstand einzutreten und an der Verwirklichung der Grundsätze mitzuarbeiten, die von der neuen russischen Regierung aufgestellt werden, darf kein Zweifel bestehen bleiben.

Wir erwarten also, daß die deutsche Regierung den russischen Friedensvorschlag rasch und mit entschiedener Zustimmung beantworten wird. Dies wird ein großer Gewinn sein selbst dann, wenn die bolschewistische Regierungsperiode dazu bestimmt wäre, nur ein kurzes Zwischenspiel in der russischen Umwälzung zu schaffen, denn der russische Friedensvorschlag und die deutsche Zustimmung zu ihm werden geschichtliche Tatsachen bleiben, und als solche werden sie weiter wirken in Rußland, in Deutschland und in der ganzen Welt.

Die deutschen Arbeiter, deren Verdienst um die Sache des Sozialismus die bolschewistische Regierung Rußlands ohne jede Anspielung auf Richtungsfreiheiten anerkannt werden sich der hohen geschichtlichen Aufgabe, die ihnen zugefallen ist, bewußt bleiben. Sie besteht darin, auf die gegenwärtige Regierung Deutschlands, soweit dies noch notwendig ist, einen Druck auszuüben, daß sie die Sache des demokratischen Friedens zu der ihren macht und die Frage Rußlands mit einem klaren und unzweideutigen Ja beantwortet.

Der Wortlaut des Friedensangebots

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nahm die Bedingungen für einen Friedensvorschlag an. Er erklärt:

Die durch die Revolution vom 6. und 7. November geschaffene Regierung der Arbeiter und Bauern, die sich auf den Arbeiter- und Soldatenrat stützt, schlägt allen Regierungen der Kriegführenden vor, alsbald die Besprechungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein gerechter demokratischer Frieden, der von der Mehrheit der Arbeiterklassen aller Kriegführenden Länder erstrebt wird, die durch den Krieg erschöpft und ruiniert sind, der Frieden, den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturze der Monarchie forderten, ein sofortiger Frieden, d. h. ohne gewalttätige Aneignung fremden Gebietes und ohne gewalttätige Eroberung fremder Nationalitäten und ein Frieden ohne Kontributionen sein muß. Die russische Regierung schlägt allen Kriegführenden vor, sogleich einen solchen Frieden zu schließen, indem sie sich bereit erklären, unverzüglich alle notwendigen Schritte zu tun bis zur endgültigen Billigung aller Bedingungen dieses Friedens durch die Bevollmächtigten aller Länder und aller Nationen.

Unter Annexionen oder gewalttätiger Gebietsaneignung versteht die Regierung nach dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterklassen im besonderen jede Annexion einer kleinen schwachen Nationalität an einen

großen mächtigen Staat ohne Zustimmung dieser Nationalität und unabhängig von dem Grade ihrer Zivilisation und ihrer geographischen Lage in Europa oder in den jenseits des Ozeans gelegenen Ländern. Wenn irgend eine Bevölkerung von irgend einem Staate gewalttätig festgehalten wird und wenn ihr gegen ihren Willen, wie er in der Presse oder in nationalen Versammlungen oder Parteibeschlüssen oder durch Aufseherungen und Erhebungen gegen die Unterdrückten zum Ausdruck gelangt, das Recht zu allgemeiner Abstimmung verweigert wird, wenn man sich ferner weigert, die Besatzungstruppen zurückzuführen und der Bevölkerung nicht das Recht zugesteht, ihre politische Regierungsform einzurichten, so ist ein solcher Zustand Annexion oder gewalttätige Aneignung.

Indem die Regierung alle Völker einlädt, sogleich Friedensverhandlungen zu beginnen, erklärt sie sich ihrerseits bereit, diese Vorverhandlungen durch schriftliche oder telegraphische Mitteilungen sowie durch Besprechungen zwischen Vertretern der verschiedenen Länder oder durch Konferenzen aus den genannten Vertretern zu verwirklichen. Um diese Vorverhandlungen zu erleichtern, wird die Regierung Bevollmächtigte in neutralen Ländern ernennen. Die Regierung schlägt den Regierungen aller Kriegführenden Länder vor, sogleich einen Waffenstillstand zu schließen, sie glaubt ihrerseits, daß dieser Waffenstillstand für drei Monate geschlossen werden muß, welche Zeit genügen würde, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Sie schlägt ferner vor, daß die Vertreter aller Nationalitäten oder Nationen, die in den Krieg hineingezogen sind oder ihn über sich ergehen lassen mußten, an den Friedensbesprechungen teilnehmen und daß eine Konferenz aus Vertretern aller Nationen der Welt zur endgültigen Billigung der ausgearbeiteten Friedensbedingungen zusammenberufen werde.

Indem die vorläufige Regierung der russischen Arbeiter und Bauern diese Friedensvorschläge den Regierungen aller Kriegführenden Länder macht, wendet sie sich insbesondere an die Arbeiter der drei zivilisiertesten und am tätigsten am gegenwärtigen Kriege teilnehmenden Nationen, nämlich Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser drei Länder haben der Sache des Fortschritts und Sozialismus die größten Dienste erwiesen, nämlich durch Einrichtung der Charter in England, die großen Revolutionen des französischen Proletariates und den heldenhaften Kampf der deutschen Arbeiter für ihre Organisation. Alle diese Beispiele geben die Gewähr, daß die Arbeiter dieser Länder die Probleme begreifen, die sich vor ihnen erheben, Probleme der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges, und daß diese Arbeiter durch ihre mächtige Tatkraft voller Selbstverleugnung uns helfen werden, das Werk des Friedens zu Ende zu bringen und alle Arbeiterklassen von der Ausbeutung zu befreien.

Die Regierung ist der Ansicht, daß die Fortsetzung des Krieges zu dem Zweck die schwachen und besiegten Nationalitäten unter die reichen und mächtigen Nationen zu teilen, ein großes Verbrechen gegen die Menschheit ist. Daher verkündet die Regierung feierlich ihren Entschluß, einen Frieden zu unterzeichnen, der unter den erwähnten für alle Nationalitäten gerechten Bedingungen diesem Kriege ein Ende machen wird. Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß die erwähnten Bedingungen nicht als endgültig betrachtet werden sollen, das heißt, die Regierung ist damit einverstanden, alle anderen Friedensbedingungen zu prüfen, wobei sie nur darauf besteht, daß diese Bedingungen so bald wie möglich von jedem Kriegführenden vorgelegt werden und daß diese Bedingungen durchaus klar, ohne die geringste Zweideutigkeit und ohne jeden geheimen Charakter seien.

Ihrerseits unterdrückt die Regierung jede Geheimdiplomatie und bekräftigt ihren festen Entschluß, die Friedensbesprechungen offen vor der ganzen Welt fortzusetzen und zur Veröffentlichung aller geheimen Verträge zu schreiben, die von der Regierung, den Großgrundbesitzern und Kapitalisten seit Februar bis 7. November 1917 gebilligt oder geschlossen sind. Die Regierung erklärt den Inhalt dieser Geheimverträge für null und nichtig soweit sie, wie es in der Mehrzahl der Fälle geschieht, alle Arten von Begünstigungen und Vorrechten den Großgrundbesitzern und Kapitalisten zuzugestehen suchen, indem sie die von den Großkräften gemachten Annexionen aufrecht erhalten oder vermehren.

Legt Euren Liebesgaben gute Bücher bei!
Unsere Soldaten brauchen draussen auch geistige Aneignung!

Was will die Vaterlandspartei?

Aus dem Reichstag geht uns daher sehr beachtenswertes Material zu, das wir sehr gern zur Kenntnis unserer Leser bringen.

Es zieht die Vaterlandspartei an die Öffentlichkeit, weil es in der Öffentlichkeit man ihren wahren Charakter und eigentlichen Zweck. Man braucht jetzt nicht mehr zwischen den Zeilen zu lesen, die Vaterlandspartei schließt allmählich aus dem hinterhältigen Versteck hervor und zeigt immer deutlicher ihre gefährliche Kräfte.

Hinter dem Wahn vom Eroberungsriege, der durch die Machtentfaltung verleiht sich die Furcht der Vaterlandspartei um ihre eigene politische Macht, verbirgt sich das Hauptziel, nämlich die Erhaltung ihrer Machtstellung durch die Verhinderung der Einführung des gleichen, gehehmen Wahlrechts in Preußen.

Die Vaterlandspartei wollen mit der Regierung des deutschen Volkes nichts zu tun haben. — Allerdings doch, wenigstens dies Eine: Das Volk soll siegen und die Vaterlandspartei will dem „Volke“ den Willen zum Siegen stärken! — Also etwas Gemeinsames will die Vaterlandspartei doch wenigstens tun, sie will siegen helfen durch Propaganda! — Dafür soll dem „Volke“ dann oder auch der vom Kaiser in der Osterbotschaft versprochene Stimmrecht, das gleiche, geheime Wahlrecht, solange wie möglich vorenthalten werden. —

Ob die Vaterlandspartei den Siegeswillen in die Segel bläst oder nicht, ändert an der nackten Tatsache gar nichts, und diese ist, daß „das Volk“ in den Schützengräben auch ohne irgendwelche Anregung von hinterwärts zum Siegen gemillt ist, und daß dieses Volk schon jetzt die äußerste Kraft für das Vaterland hergibt, und daß diese Kraft auch nicht mehr durch Demonstrationen in der Heimat zu erhöhen ist. — Trotz aller Kraftanstrengungen haben wir den Krieg noch nicht gewonnen, wenn gleich unter „Volk“ in den Schützengräben siegreich war. Aber vermag denn die Vaterlandspartei hinter der Front durch große Taten für Eroberungsziele auch nur das Geringste zu unserem Endziele beizutragen? — Und wenn wir noch nicht den Endsiege errungen haben, wie kann man da überhaupt schon Eroberungsziele stecken?

Ruß das nicht lächerlich und verbitternd wirken im Ausland? Wird dadurch nicht die blutige Arbeit des „Volkes“ in den Schützengräben verlängert und erschwert? Ruß der Feind da nicht zum längeren Ausdauern aufgestachelt werden, der es bisher noch nicht einmal für notwendig hält, auf unsere Friedensresolution einzugehen? — Wird die Friedenssehnsucht bei den Feinden dadurch nicht verfehlt, wenn wir immer wieder mit Eroberungen und Kriegsenttäuschungen drohen? — Die Vaterlandspartei schlägt die Brücken fort, die über den reißenden Strom führen. — Schlägt der Feind die Brücken fort, so müssen wir geduldig weiterkämpfen, bis er sie wieder aufbaut. — Wird er sie erst wieder aufbauen, wenn seine letzte Kraft gemichen ist? — Das wäre töricht, und man soll seinen Gegner niemals unterschätzen. Bietet uns der Feind den Frieden an, so können wir ihn entweder ausschlagen oder annehmen. Schlagen wir ihn nicht aus, so muß es zu einer Verständigung kommen. — Schlagen wir ihn aber der eigenen Eroberungsgelüste wegen aus, so laden wir eine große Schuld und Verantwortung auf unser Gewissen. — Welche psychologische Wirkung würde es auf unser Volk machen, wenn wir einen annehmbaren Frieden, der unsere Grenzen und Sicherheit gewährleistet, haben könnten und wenn es dennoch einer Partei im Lande gelänge, den Friedensschluß hinauszuschieben und den Krieg auf das Unermessliche zu verlängern.

Wir haben noch nicht den Endsiege davongetragen, wir wissen noch nicht, in welchem Kräfteverhältnis der Friede zu handele kommen kann. Hat es da einen Zweck, wenn die Vaterlandspartei schon jetzt für einen Eroberungsfrieden eintritt, ohne zu wissen, ob wir einen solchen überhaupt erreichen können? — „Unser Volk“ in den Schützengräben muß kämpfen und kämpfen, bis es Frieden haben kann, bis es sich selbst die Friedenspalme errungen hat. Und das tut es, ohne die Einwirkungen der Vaterlandspartei nötig zu haben. Es muß aber als höchst rücksichtslos, undankbar und anmaßend gegen „das Volk“ empfunden werden, wenn gewisse Hinterfrontler sich als über dem tausenden Volke stehend betrachten und aus den heldenmütigen Taten der Kämpfer die Folgerungen für eine Kriegspolitik ziehen, deren Tragweite sich zurzeit nicht beurteilen läßt. Man soll nicht leichtfertig mit Menschenleben spielen und nicht Vorbeeren erlassen wollen, die andere mit ihrem Leben verdienen müssen. Die Kriegszielefrage ist eine politische Angelegenheit und gehört in den Reichstag, in welchem das deutsche Volk seine politischen Vertreter hat. Da die Vaterlandspartei unter den Abgeordneten nicht genügend Boden zu fassen vermag, versucht sie politisch nicht klar denkende Teile des Volkes in Verwirrung zu bringen. Wenn eine Partei ihre Wünsche nicht mehr an richtiger Stelle vor den Ervählten des Volkes vertreten läßt, sondern unter anderem Verdammnis nach neuen Anhängern sucht, so beweist dieses Verhalten, wie wenig die Bestrebungen der wahren Volkspartei entsprechen und wie sehr sie nach der Reichstagsabgeordneter der breiten Masse folgen müssen.

Dabei will die „keine Vaterlandspartei“ durch große Reden den Ansehen erwecken, als sei sie die Stütze und der Stützpunkt der Regierung. Das Rückgrat der Regierung ist die „große Vaterlandspartei“ in den Schützengräben und die Kämpfer des Kampfes. Diese haben versucht die „keine Vaterlandspartei“ mit ihrer unverhörten Propaganda zu untergraben. Sie gibt sich als Stütze des Thrones aus — aber nur solange, als die Regierung ihren Willen tut — und handelt doch gegen die Wünsche des Kaisers.

Aus dem möglichen Dunkel des Zustandes der Vaterlandspartei leuchtet herauf wie Phosphor in der Nacht die Hauptaufgabe der Vaterlandspartei hervor. Und diese ist: Verhinderung der Einführung des gleichen, gehehmen Wahlrechts in Preußen. — Fällt diese ihre Aufgabe aus ihrem Programm fort, so ist die Vaterlandspartei erledigt, denn all die anderen alten Ziele und Aufgaben der Zeit.

Von der Vaterlandspartei wird es so hingehalten, als sei die Durchführung innerer Verfassungsfragen in der gegenwärtigen Kriegszeit von höchster Wichtigkeit. Das Verlangen der

Mehrheit haben nach sofortiger Einführung des neuen Wahlrechts nicht als Erwünschtes angesehen. — Wie kann ein Mann sprechen, das von höchster Wichtigkeit ist, eine Erneuerung sein? — Bedauerlich ist nur, daß die konservative Übermacht der preussischen Regierung dem Volke das allgemeine Wahlrecht seit den Befreiungskriegen von 1814/15 vorenthalten hat und daß dieser konservative Teil der Regierung sich auch jetzt noch angesichts der Aufopferung des Volkes und der Anordnung des Königs widersetzt, das über ein Jahrhundert alte Versprechen, diese alte Schuld einzulösen.

Die Vaterlandspartei wird von konservativen Schichten des Volkes gestützt. Wie wenig gerade die konservativen Kreise zur Durchsetzung ihrer egoistischen Parteinteressen und Vorkämpfung der vaterländischen Gemeininteressen geneigt sind, hat sich in diesen Tagen bei der Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler wiederum gezeigt. Konservative Blätter sprechen von schweren Sorgen um die Zukunft und machen aus ihren Befürchtungen keinen Hehl, daß der neue Kanzler die Parlamentarisierung Preußens durchsetzen könnte. — Nur nicht das gleiche Recht für alle, so löst es aus konservativen Kreisen und aus der Vaterlandspartei. Das Volk kämpft in den Schützengräben auch nicht nach erster und dritter Klasse eingeteilt, aber die kleine Oberschicht in der Heimat und diejenigen, die sich gerne dazu zählen, wollen ihre Sonderrechte erhalten. Solange wir nicht das gleiche Wahlrecht haben, sind wir auch noch nicht ein einzig Volk und können es auch nie werden.

Daß sich die bisherigen Machthaber der ersten Klasse die Sonderrechte nicht so leicht aus der Hand wischen lassen wollen; kann man von ihrem Standpunkt verstehen. Sie wollen alle Kraft dagegen einsetzen und deshalb die reife Frucht bis nach dem Kriege am Baume lassen, in der Hoffnung, daß sie bis

dahin in Fällnis übergeht. Wenn die Vaterlandspartei schon darauf hinweist, daß der Kaiser und König die Regierung zwar mit der neuen Wahlrechtsvorlage beauftragt hat, daß er aber den einzelnen gesetzgebenden Körperschaften nicht verboten habe, sie abzulehnen, so besagt das, daß auch jetzt herrschende Oberschicht in ihrer Minderzahl das Volk als Ganzes trotz seiner Aufopferung nicht als politisch gleichberechtigt erkennen will.

Darum müssen wir alle darauf bestehen, daß die Wahlrechtsvorlage so schnell wie möglich ein- und durchgebracht wird. Die Ausrede, daß gewartet werden müsse, bis man die Kämpfe von der Front dazu hören könne, ist allzu durchsichtig.

Warten wir mit der Vorlage bis nach dem Kriege, so ges dem deutschen Volke wie 1814/15. Die dem deutschen Volk während der Freiheitskriege versprochenen Rechte hat es auf den heutigen Tag noch nicht. Und so wird es uns je wieder gehen, wenn wir nicht mit aller Gewalt darauf dringen, daß das Kaiserwort von der Regierung schon jetzt auch wirklich eingeleistet wird.

Darum, Kollegen und Volksgenossen! — Laßt euch nicht von denen blenden, die unter dem Vorwande, im vaterländischen Interesse zu handeln, egoistische Machtziele verfolgen und die Volkswirtschaft schmälern wollen! — Bewahrt euch den klaren Blick für die wirklichen Bestrebungen der Oberschicht! — Laßt euch nicht einfangen und mißbrauchen für euch schädliche Interessen! — Alle, die ihr in Friedenszeiten für das gleiche Wahlrecht eingetreten seid, zeigt Charakter und haltet an euren politischen Grundfahnen fest, denn die Wahlrechtsvorlage schwebt in Gefahr! Tragt nicht dazu bei, daß des Kaisers Wort durch Hintertreibungen gebrochen werde! — An eines Kaisers Wort soll man nicht drehen noch deuteln!

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Die Polenfrage in Oesterreich

Wien demotiert amtlich.

Staf Czernin hielt sich zur feierlichen Absegnung der Absichten über Polen gezwungen, die er angeblich bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin verfolgt hat und deren Mitteilung im österreichischen Abgeordnetenhaus einen Sturm der Leidenschaft entfesselt haben. Ihn gilt es zu beschwichtigen, will er sich in den für Anfang Dezember einberufenen Delegationen den von ihm selbst so sehr gewünschten Resonanzboden für seine Ideen bewahren.

Das Problem liegt so: Wird Ungarn und Oesterreich noch Polen angegliedert, so wird die politische Herrschaft im Donauraum zwischen drei Nationen geteilt: die Magyaren in Ungarn, die Deutschen in Oesterreich, die Polen in Polen. Alle anderen Völker, Tschechen, Ruthenen, Slowenen, Italiener, Kroato-Serben, Rumänen, werden in jedem der drei Staaten künstlich in eine aussichtslose Minderheit gedrängt. Diese Aussicht erscheint ihnen als Bedrohung ihres Volkstums, reizt sie zu erbittertem verzweifeln Widerstand auf und stärkt die Tendenzen, die über die schwarz-gelben Grenzjähle hinausdrängen. Besonders die Ruthenen, die in der Wiener Zentralgewalt einen Anwalt gegen den polnischen Nationalismus hatten und die andererseits für das Wiener Kabinett eine sehr geschätzte Gegenkraft gegen die galizischen Schlachzigen bildeten, erklären: Wenn Oesterreich uns nicht haben will, so wissen wir, daß uns der Weg in die ukrainische Republik führt. Der Gedanke der Verbindung Galiziens mit Kongreßpolen unter österreichischer Leitung entspringt letzten Endes der Furcht, daß sich in einem von Kongreßpolen getrennten Galizien eine polnisch-nationale Irredenta nach tschechischem und italienischem Vorbild entwickelt. Aber indem durch die vorgeschlagene Lösung die polnische Irredenta ausgeschlossen wird, wird eine ruthenische geschaffen, die um so bedeutungsvoller ist, als sich die russische Ukraine — eines der fruchtbarsten und an Bodenschätzen reichsten Gevierte Europas — über kurz oder lang träufeln wird und eine gewaltige Anziehungskraft ausüben wird. Tschechen und Südslawen werden sich natürlich aufs äußerste gegen eine Dreiteilung der österreichisch-ungarisch-polnischen Länderkomplexe wehren, bei der sie praktisch von einer ihrer gegenwärtigen und künftigen Bedeutung entsprechenden Teilnahme an der Regierungsgewalt ausgeschlossen bleiben. Sie fordern denn auch schon lauter denn je die Errichtung eines souveränen tschechischen und südslawischen Staates und berufen sich mit der an ihnen gewonnenen kräftigen Stimme auf den Satz: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Kurz und gut: die polnische Idee hat alle kaum gebändigten Geister der Trietrad und des nationalen Streites in heißen Aufruhr gebracht.

Dieser Aufruhr beweist klarlich, daß eine antioesterreichische Irredenta keineswegs durch eine mechanische Länderverschiebung verhindert werden kann, sondern nur durch eine staats- und verwaltungsrechtliche Reform Oesterreichs an Haupt und Gliedern, die die streitenden Nationen befriedigt und durch den unmittelbaren Vorteil des großen Wirtschaftsbereiches zu einer freiwilligen Volk- und Staatsgenossenschaft verbindet.

Ein amtliches Wiener Demotiert erklärt alle an die Berliner Reihe Czernins geknüpften Kombinationen für haltlos. Allerdings sei in Berlin auch die polnische Frage besprochen worden. Dem.

Es ist die Furcht der lebenden Staatsmänner, sich über die großen ethischen Fragen zu trennen und sie vorzubereiten, bevor sie die Hände der toten Staatsmänner unterbreiten. Auf eine andere Art und so Staatsrechtlich überhaupt nicht zu machen. Die Entscheidung über die Irredenta überlassen sich. Niemand kann wissen, wie weit oder wie dem der Friede ist. Um gemeinsam mit Galizien auf der Reichsversammlung auftreten zu können, müssen die Irredentisten sich untereinander über die zu erreichenden Absichten klar sein. Es ist aus dem Reichstag gewisse Parteien bei uns den Polen gegen die Idee der Irredenta eine Schwärzung in der Politik gemacht, aber kein in der Begriffe, eine solche vorzubereiten, ist die eine grundsätzliche Aufgabe, welcher auf das energigste entgegenzutreten muß. Das Programm der 1.

und 2. Regierung hat sich nicht um Haarsbreite verschoben. Das Ziel bleibt daselbe: baldmöglichste Erreichung eines ehrenvollen Friedens. — Polen ist ein selbständiger Staat. Die neuen Machthaber in Russland kündigen dem polnischen Volke das Recht, über sein künftiges Schicksal selbst zu entscheiden. Deutschland und wir haben dem Wunsch des polnischen Volkes bereits Rechnung getragen und seine selbständige Staatlichkeit anerkannt.

Ueber das Selbstbestimmungsrecht Polens besteht allerdings Einigkeit. Aber weder die russischen Machthaber noch der größte Teil des deutschen Volkes würden damit einverstanden sein, wenn in Form von Selbstbestimmungsformalitäten tatsächliche Annektionen vorgenommen werden sollten. In Uebereinstimmung mit den russischen Machthabern und den Völkern der Mittelmächte müssen Formen gefunden werden, in denen Polen wirklich über sich selbst bestimmen kann. (S. 310.)

Ein Militarist für Abrüstung

Der Kriegshistoriker der Berliner Universität, Professor Hans Delbrück, glaubt an die Notwendigkeit der Abrüstung wegen der besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach dem Kriege. Er schreibt in den „Preussischen Jahrbüchern“:

„Ich bin für die Abrüstung, weil erstens, wenn sie nicht kommt, die wirtschaftlichen Lasten jetzt in der Tat sehr groß werden müssen. Die Kosten selbst werden sehr viel größer sein als vor 1914 und die Volkswirtschaft ist ohnehin mit der Verzinsung der Kriegsschulden schon fast überbürdet. Ich bin zweitens für die Abrüstung, weil ich hoffe und glaube, daß der Krieg am Schluß Verhältnisse schaffen wird, die auf lange hinaus sich friedlich erhalten lassen und erhaltenswert sind. Ich bin drittens für die Abrüstung, weil Deutschland bei gleichmäßiger Einschränkung aller Staaten zu Lande und zu Wasser weniger bedroht ist als andere und deshalb der Welt die Wohlthat nicht versagen darf.“

Dieses Bekenntnis zur Abrüstung ist deshalb besonders eindrucksvoll, weil der Verfasser gegen die grundfähigen Passivsten lebhaften Widerwillen hegt und den Krieg als eine motorische Kraft der menschlichen Entwicklung feiert.

Deutschland

Polnische Politik

Während über die endgültige Ausgestaltung der Regierung Hertling verhandelt wurde, bereitet sich in aller Stille ein Umschwung der auswärtigen Politik vor, dessen Bedeutung, falls er zur Tatsache würde, alles andere weit in den Schatten stellen müßte.

Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um den Plan, die Politik des Verständigungsfriedens zu verlassen und zu einer Annektionspolitik der schärfsten Form überzugehen. Diese schärfste Form besteht darin, daß man annektonistische Kriegsziele nicht bloß aufstellt, sondern sie sofort, noch während des Krieges, zu verwirklichen sucht. Es handelt sich, kurz gesagt, um den Plan, die kriegsbesetzten Gebiete des russischen Reiches zwischen Habsburg und Hohenzollern aufzuteilen und sie dem politischen Herrschaftsbereich der Mittelmächte mit der Absicht auf ewige Dauer anzuerkennen. Karl I. soll König von Polen, Wilhelm II. Großfürst von Litauen und Herzog von Kurland werden!

Daß und warum die Sozialdemokratie eine grundsätzliche Gegnerin der Eroberungspolitik ist, ist schon oft gesagt worden, daß über ihre Stellung zu solchen Plänen gar kein Zweifel bestehen kann. Darüber hinaus sollen aber einige Fragen, die mit diesem Plan zusammenhängen, erörtert werden.

Beabsichtigt ist die Bildung einer „trialistischen“, dreiteiligen, statt der bisher bestehenden „dualistischen“, zweiteiligen, Habsburger Monarchie. Oesterreich, Ungarn und Polen sollen als drei sich selbst verwaltende Staaten unter dem Zepher Karls I. vereinigt werden. Das Habsburgerreich wird dann aus zwei Staaten bestehen, in denen die Deutschen eine ganz geringfügige Rolle spielen werden, während ihr Einfluß im briten hart und kämpft ist. Wer vermag zu sagen, wie sich die auswärtige Politik dieses Dreistaates in zwanzig oder in dreißig Jahren gestalten wird? Man betrachte auf der Landkarte Schlesien unter dem Gesichtspunkt der „strategischen Sicherung“!

Die Danziger Genossen zum Würzburger Parteitag

Der Parteitag zu Würzburg war Beratungsgegenstand der am Sonntag im Bürgergarten, Schönbühl, stattgefundenen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt. Berichterstatter war Genosse Gehl. Er führte aus:

Es hat lange gedauert, ehe der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammenkam. Zahlreiche Bedenken standen seiner Einberufung entgegen. Es war fraglich, ob die Regierung ihn in der Kriegszeit genehmigen würde. Besorgnis bestand auch, ob es möglich sein würde, unter dem Belagerungszustand in voller Redefreiheit die Meinungen auszutauschen und in der Presse darüber zu berichten. Vor allem aber nahm man von der Einberufung des Parteitages Abstand wegen unserer feldgrauen Genossen, denen die Möglichkeit fehlte, an den Beratungen teilzunehmen und sich zu ihnen zu äußern. Nun hat der Parteitag getagt, und es hat sich gezeigt, daß alle Bedenken hinfällig waren. Von unseren Feldgrauen sind zahlreiche Schreiben und Telegramme eingegangen, in denen sie sich mit der Abhaltung eines Parteitages einverstanden erklärten und ihm zu feineren Verhandlungen Glück wünschten.

Oft haben die bürgerlichen Parteien und ihre Presse bei früheren Parteitagen auf die Spaltung unserer Organisation gewartet. Sie haben sich immer getäuscht. Jetzt brauchen sie nicht darauf zu warten, denn leider ist sie inzwischen eingetreten. Aber unsere früheren Freunde, die „Unabhängigen“, hatten heftige Meinungsverschiedenheiten und die Abspaltung weiterer Gruppen erwartet. Ihre Erwartungen können für jetzt und dürfen auch für später als getäuscht gelten.

Aber die „Unabhängigen“ hatten vom Parteitag auch erwartet, daß er aus der Partei des Klassenkampfes eine solche des Reformismus machen würde. Hierin sind sie gleichfalls enttäuscht worden. Wenn auch von Wirth, Vensch usw. Töne nach der Richtung angeschlagen wurden, vom Standpunkt des Klassenkampfes wird die Partei nie abgehen. Das Bemühen der Reformisten ist in Zukunft so vergeblich, wie es das früher bereits war.

Bei unseren Genossen war allgemein die Erwartung, daß seitens des Parteitages praktische Arbeit geleistet werden würde. Das ist in weitgehendstem Maße geschehen. Bei jedem Punkte wurde die Stellung der Partei in scharfen programmatischen Erklärungen aufgezeigt.

Von einer Programm- oder Statutenänderung ist Abstand genommen, da zu viele jetzt fehlen, die berechtigt sind, hierüber mit zu beraten.

Den Auftakt zum Parteitag gab eine stark besuchte Volksversammlung, in der Scheidemann über „Sozialdemokratie, Verständigungsfrieden und Vaterlandspartei“ sprach. Am Sonntagabend eröffnete Ebert mit einer markigen programmatischen Rede den Parteitag. Diese Rede fand auch bei unseren neutralen Genossen, besonders in den skandinavischen Ländern, viel Beachtung. Redner schildert in großen Zügen den Inhalt der Rede, die im Bericht ausführlicher wiederzugeben leider nicht möglich sei. Eberts Rede zeigt den Klassenkampfcharakter unserer Partei und gab den ganzen Verhandlungen der Parteitags das Gepräge. Den Vorstandsbericht gab gleichfalls Ebert.

Mit den Klassenverhältnissen beschäftigte sich Genosse Braun. Er ging mit großen Zügen auf den gedruckt vorliegenden Bericht ein. Hinter die 120 000 Mitglieder der

„Unabhängigen“ Partei glaubte er ein großes Fragezeichen machen zu müssen. Die Parteipresse habe zeitweilig 48 Prozent ihrer Leser verloren gehabt. Jetzt gehe es allerorts wieder vorwärts. Es sind bereits 70 000 Abonnenten wieder gewonnen. Das sind 11 Prozent.

Als erster Redner zum Vorstandsbericht sprach der Vertreter der Minderheitsauffassung Genosse Hüttmann. Er warf Ebert und Braun vor, gegenüber der Opposition keinen objektiven Standpunkt bei der Berichterstattung eingenommen zu haben. Etwas derartiges sei ihm aber nur zu verständlich von Leuten, die mitten im Streit gestanden. Es müsse aber gesagt werden, daß auch Hüttmann keinen rein objektiven Standpunkt einnahm. Was er Braun und Ebert vorwarf, galt noch viel mehr für ihn selber. Hüttmann wandte sich gegen die Redaktionswechsel bei der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“. Es sei doch aber selbstverständlich, daß Genossen, die zu einer anderen Partei übertreten, nicht bei uns einflußreiche und verantwortungsvolle Posten bekleiden.

Einen breiten Raum nahm bei den Debatten die Frage der Wiedervereinigung ein. Zwölf Organisationen, darunter auch Danzig, hatten hierzu Anträge gestellt. Redner habe sich bei Beratung des Antrages unserer Organisation nicht für diesen erklären können. Die Einigkeit sei bitter notwendig, aber jetzt sei sie noch nicht möglich. Es herrsche noch viel Verbitterung in beiden Lagern und zu wenig Gerechtigkeit bei der Gegenseite. Auch viele andere Delegierte hätten sich in Würzburg derartig geäußert. Aber trotzdem habe man die Hand zur Versöhnung ausgestreckt im Interesse der Arbeiterklasse. Es lagen auch Anträge vor, eine Kommission einzusetzen und dieser die Vorbereitungsarbeiten zur Wiedervereinigung zu übertragen. Mit gutem Recht sind diese Anträge abgelehnt. Ihre Annahme hätte die Ausschaltung des mit den einschlägigen Verhältnissen vertrauten Parteivorstandes zur Folge gehabt.

Die Anträge haben, als sie in der Parteipresse veröffentlicht wurden, bei den „Unabhängigen“ nur Hohn und Spott, aber keine Gegenliebe ausgelöst. Jetzt kommt aber auch bei ihnen schon eine andere Auffassung auf.

So schrieb Horn, der zu Anfang des Krieges für die Bewilligung der Kriegskredite eintrat, in dem Organ des Glasarbeiterverbandes warme Worte für die Befestigung des Bruderswisses und die Wiedervereinigung. Auch Bernstein meinte neulich, es gebe für die „Unabhängigen“ noch andere Gegner als andersgesinnte Sozialisten. Die „Bergische Arbeiterstimme“, die mit am schärfsten gegen eine Wiedervereinigung aufgetreten, befürwortete vor einiger Zeit gemeinsames Vorgehen bei den Wahlkämpfen. Redner präzisiert seinen Standpunkt dahin, daß wir zur Einigkeit kommen werden. Nur zunächst noch nicht. Erst wenn auch bei den anderen das Bewußtsein von der Schädlichkeit des Bruderswisses erwacht, dann kommt die Wiedervereinigung.

Selbstverständliche Voraussetzung der Einigung sei die im Antrag Severing-Bielefeld ausgesprochene Notwendigkeit der Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit.

Der Bericht des Genossen David über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion nahm einen ganzen Nachmittag in Anspruch. David sprach unter gespannter Aufmerksamkeit sämtlicher Delegierten über die Frage der Feststellung der Kriegursachen, die möglich und daher auch notwendig sei. Er verbreitete sich über die Haltung der Bruderparteien in den feind-

lichen Ländern, über die sich zu orientieren jetzt sehr schwierig sei. Mancherlei Mißverständnisse erschweren die gegenseitige Wiederannäherung. Mit Schärfe wandte sich David gegen Unklarheit in der Haltung und in den Erklärungen der Regierungen, durch welche die Friedensarbeit erschwert würde. Auch auf die den Frieden erschwerende Tätigkeit der „Unabhängigen“ lenkte er die Aufmerksamkeit des Parteitages. Ausführlich berichtete er über die Tätigkeit der Fraktion zur Wahrung der Interessen der Arbeiter und der Soldaten.

Einmütig beschloß der Parteitag, einem Vertreter der Fraktion Minderheit unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Es sprach Genosse Hoch-Honau. Wer von ihm eine stammende Unklagerede gegen die Fraktion und den Parteivorstand erwartet, war enttäuscht. Hoch bemühte sich, die Fraktion für spätere Abkündigungen im ablehnenden Sinne festzuhalten. Seine Liebererfassung bildete die Erklärung, daß er und seine näheren Freunde in der Fraktion auf dem Boden der Landesverteidigung ständen. Das gleiche gälte auch von den „Unabhängigen“. Bei der bestehenden engen Verbindung zwischen Hoch und den „Unabhängigen“ ist nach Meinung des Redners diese Erklärung zutreffend. Dann werte sich aber die Frage auf, wie man für die Landesverteidigung eintreten und gleichzeitig die zu dieser notwendigen Mittel verweigern könne. Später sprach dann noch der auf dem Minderheitsstandpunkt stehende Elsäßer Emmele. Bemerkenswert ist dessen Forderung, daß Esch-Botbringen auf alle Fälle deutsch bleiben müsse. Die den Standpunkt der Fraktion leitenden Redner wünschten keine Festlegung derselben nach der einen oder anderen Richtung. Die Debatte zum Fraktionsbericht brachte keine aufregenden Momente. Eine gewisse Höhe erreichte Davids Schlußwort in der Polemik gegen Hoch.

Dieser hatte behauptet, es seien durch die Haltung der Fraktion zur Kriegsfrage keine Erfolge in der Friedensarbeit zu verzeichnen. David wies auf das Friedensangebot vom 12. Dezember, den Beschluß des Reichstags vom 19. Juli, die Beantwortung der Papstnote hin. Ob Hoch glaube, dieses sei aus den Herzen der Regierung ohne äußere Einflüsse gekommen? Ob diese Ereignisse gar nichts bedeuteten?

Ein Antrag Hoch, welcher die Fraktion auf die Ablehnung der Kredite festlegen will, wird mit 258 gegen 26 Stimmen verworfen. Angenommen wird eine Resolution Loewe-Breslau, welche unter prinzipieller Anerkennung der Pflicht zur Landesverteidigung der Fraktion Handlungsfreiheit gewährt.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, welcher die Fraktion zu geschlossenem Auftreten verpflichtet.

Damit waren die Beratungen, welche sich mit der Vergangenheit beschäftigten, erledigt und man wandte sich den zukünftigen Aufgaben zu. Scheidemanns Rede über: „Die nächsten Aufgaben der Partei“ war eine meisterhafte Programmrede des praktischen Sozialismus. Scheidemann schilderte das Ende des Krieges, hob hervor, daß aber auch überall, der Glaube an eine bessere Zukunft vorhanden sei. Ein Gedanke, dessen Träger die sozialistische Bewegung sei. Er wies weiter auf die ungeheuren Schwierigkeiten der kommenden Kämpfe hin, wenn nach dem Kriege das Kapital das Haupt erhebt. Die Rede Scheidemanns erregte Aufsehen im ganzen Reich. Die bürgerliche Presse widmete ihr große Aufmerksamkeit.

In einer Reihe Beschlüsse stellte der Parteitag Forderungen sozialer und wirtschaftlicher Natur auf. Eine von Hoch Schmidt in längerer Ausführung ausgezeichnet begründete Resolution beschäftigt sich mit den Verhältnissen auf dem Lebensmittelmarkt. Zur Frage der Kriegsteuern verlangt eine Entschärfung, daß alle im Kriege erworbenen

Herbst

Wenn Blätter fall'n und tap're Söhne und Väter, die man heiß beweint, und wenn der Wellenschlag wilde Jure Im Lode Freund und Feind vereint, dann mahnet eine innre Stimme: „Dah' keinem ew'ges Glück beschieden. Und wenn es auch der Höchste wär' Auf diesem Erdenrund' hienieden.“

Wenn Blätter fall'n auf dunkle Gräber, In denen still ein Liebtes ruht, Das für des Vaterlandes Freiheit, Am unfernwissen gab sein Blut, Dann jagen es die stillen Zelchen: „O grollet nicht dem Zeitenlauf! Denn aus den Gräbern der Gefall'nen Steigt s'fester nur die Freiheit auf.“

Wenn uns in schwerer Zeit bedrohen Die Feinde rings mit starker Macht, Und wenn uns Schlafschlagschläge treffen, An die wir Menschen nie gedacht, Dann ruft der Freiheit mächt'ge Stimme: „Einig zu sein in Freud' und Leid! Denn nur zum Ziele kann gelangen, Ein Volk in treuer Einigkeit!“

Verboten.

D. Fromm.

Die goldene Spange

Die breite Bahnhofstreppe einer ostdeutschen Stadt kam ein Musiker herunter. Müde und hungrig von langer Fahrt tappelte er durch den Tunnel nach der Küche des Roten Kreuzes. Man setzte ihm eine Schlüsselkrautchen vor: mit vielem Behagen pustete — köstlich! — an er. Alles rings um verschwand. Als er sich dann gesättigt auf der rohen Holzbank dehnte, kam es wie ein Taumel über ihn. Er sah und kostete tief die langentbehrte Ruhe und ließ die Gedanken um Heimat und Zukunft spielen. Aus dieser Muße rix es ihm heraus: eine auftragende Schwester des Roten Kreuzes. Schon wandte sie sich wieder der Küche zu und, wie erweckt, sah er über ihrer Tracht, dem blau-weiß gestreiften Kleide: einen weißen Spizenkragen um eine weißen Hals, darüber eine breite, ostgoldene Spange, die

laum das bauschende Blond niederhielt, sah fast zuviel vom Nacken, daß das Auge stiehen mußte; sah mit ruhigerem, mit Kennerblick, die wunderfeine indische Filigranarbeit der Spange und abermals das — Haar. Es war, als wüchsen die Haare aus der Spange, als sei die Spange aus den Haaren getrieben.

Wie stark war das alles! Er hatte gewiß zu lange an der Front gelegen und die Menschen waren ihm fremd geworden. Aber die Kameraden, die Russen, die Panzer, die Matkas und die lockenden, prunkenden Polunen? Waren das keine Menschen? Gegen dieses junge deutsche Mädchen — nein! Wie erste kenzliche Heimatluft, wie lauter Erinnerungen aus dem Frieden strömte es auf ihn ein. Wie eine neue Eva war sie. Und viel schöner! Ihre jedernden Schritte stießen die Kriegsgreuel wie Kiesel von seinem Herzen.

Dicht vor ihm war sie nun, und mit heißer, scheuer Andacht las er in den knospigen Zügen ihres Antlitzes. Ob das nur Keuschheit war, was die lang befransten Widen niederhielt? — Sie lachte oft und zeigte spitze Zähnen.

Er verschwendete keinen Blick anderswo. Als sie sich niederließ, sah er auch die Füße, die Fesseln wie aus Ebenholz gedreht. Dann suchte er ihren Blick zu fangen. Wer sie wohl sein mochte? Die feinen Hände, die dünnen Mastreifen an den Handgelenken jagten doch nichts.

Drei Tage hatte er noch, dann mußte er mit den aufgetauften Feldgeräten zurück an die Front. Er überlegte, wie er sich ihr wohl nähern könnte. Dreimal kam er zum Essen, aber nur mittags war sie da. Jedesmal setzte er sich näher an den Ausgabefisch. „Bitte, zwölfmal Reis!“ bestellte sie eben an der Schranke. Daß ein Wiesel wie eine Lerche kitzelt! Den Vogel in der Hand zu haben! . . .

Als sie ihm nun die dampfende Schüssel hinstellte, richtete er mit kahler Stimme eine wohl vorbereitete Frage an sie, mußte jedoch mit jäher Reiz die Antwort niedersinken fühlen: gleichgültig wie zu irgendeinem Soldaten. Er, der Privatdozent der Kunstakademie, sah auf seinen schlichten, grauen Rock, sah nun ganz gegenwärtig mit einiger Scheu zu dem Unteroffizier hinüber, der als Rechnungsführer über allen Suppenmarken thronete. Der fuhr mit eins empor: ein Leutnant, schlant und schwertgeadelt, kam mit zwölf rumänischen Offizieren herein. Hinter ihnen zwei haarige Landsturmmänner mit langen Rajonetten auf den übergehängten Gemehren. Die Gefangenen traten in einen andern Raum, wo sie ihr Reisgericht unbeheilig verzehren konnten; der Leutnant blieb im

Rahmen der Tür. Er wandte sich von den abenteuerlichen Schwarzköpfen zu dem derben Manen, den die Schwester eben bediente. — Langsam nahm er die Zigarette vom Munde — aber schon flog sein Scherzwort zu ihr herüber. Sie gab es gut zurück, und im Nu waren sie Freunde. Der Musiker fühlte seine Pein aufs neue und vervielfacht über der Erkenntnis, daß friegerischer Rang und Glanz ein Frauenherz und alle Welt so leicht bestechen, während die Intelligenz des Friedens vom Mustertierrock zugebedt wird. Diesem Gedanken unterlag er dergestalt, daß es ihn auftrieb: es demütigte ihn, länger zuzusehen.

Den ganzen Nachmittag grümelte der durch tausend Tode gegangene Mann; den Abend trank er schweren Wein und sank in einen tiefen Schlaf.

Er erwachte spät und hatte kaum Zeit, alle Einkäufe zu machen, und als es zwölf vom Dome dröhnte, war er fest entschlossen, den ersten Zug zu nehmen. Aber noch auf der Treppe zur Kommandantur wandte er sich, schritt wieder die bereits heimeligen Gänge entlang, tappelte die Stufen zum Tunnel hinunter: — die Küche war leer, die Speisezeit vorüber. Er eilt durch drei, vier Wirtschaftsräume, verblüffte die Geschirrwäscherinnen und gelangte auf einen stillen Platz mit laublosen Hecken. Dort hinten geht sie — oder ist er irrt? — sieht sie abermals, jetzt schon halb verdeckt von dem beschneiten Gebüsch, stürzt vor, schneidet ihr den Weg ab, will ihr entgegenreten — alles wagen. Sie streckt ihm ja die Hände entgegen. Ist er von Sinnen? Nein, nein! hinter ihm rauschten Kleider: einer Greisin in Trauer gift die herzliche Begrüßung. Wie vernichtet schiebt er sich hinter die Hecken. . . .

Ein Güterzug rollt in dem abendlichen Dämmer gen Osten. Vorn im Packwagen sitzt der Zugführer auf seinem Bederfsa und ordnet in dem gelben Schein der Gaslampe die vielen Frachtbrieife. Am Fenster huschen weiße Wälder und schneebedeckte Felder und Ortschaften in dem fahlen, bläulichen, letzten Lichte des vergehenden Wintertages vorbei. Auf dem kleinen Sessel des Packwagens lauert ein Musiker. Dem Kopf in beide Hände gestützt, starrt er gerädeaus. Er hört nicht das monotone Rollen der Räder, sieht nicht den Beamten über den Papieren, nichts von dem Lande draußen, ohne Farbe, ohne Leben. — Er sieht nur eine goldene Spange, die ihm leuchtend aus der Bordenwand des Wagens löst.

Erich Frankenstein.

...wird in der Debatte eingetreten. Vom Genossen Loops ist folgende Resolution eingegangen; die später einstimmig beschlossen wurde:

Die heutige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitag und den Abstimmungen unserer Delegierten, Genossen Gehl, einverstanden. Insbesondere begrüßt sie die Beschlüsse, die eine proletarische Mitarbeit an der Demokratisierung Deutschlands und die Sozialisierung unserer Gesellschaft ermöglichen. Auch wünscht sie eine baldige einigte Arbeiterbewegung. Unter den jetzigen Umständen sieht sie das beste Mittel dazu in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei.

Loops ergreift als erster Debatteredner das Wort und führt aus: Unter dem Parteitag der letzten 10 Jahre war der zu Würzburg unbedingt der erfolgreichste in praktischer Arbeit. Die auf früheren Parteitagen ausgetragenen Meinungskämpfe nahmen oft Formen an, welche für uns nicht vorteilhaft waren. In Wahlkämpfen wurden diese Zwistigkeiten oft gegen uns ausgenutzt. Auch in Danzig hatte die Bewegung oft unter dem Meinungsstreit zu leiden. Auch jetzt bestehen noch verschiedene Richtungen, aber die Meinungen wurden sachlich ausgetauscht. Zur Frage der Landesverteidigung hat der Parteitag gut geurteilt, was geschehen ist. Er hat aber auch ausgesprochen, daß trotz der Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung unsere Reichstagsfraktion nicht gezwungen ist, unbedingt die Kredite zu bewilligen. Nach Ansicht des Redners hätten einer Regierung Michaelis keine Kredite wieder bewilligt werden dürfen.

In der Frage der Taktik kann Redner sich nicht auf den von Gehl eingenommenen Standpunkt stellen. Der Übergang zum Sozialismus liegt in der Hauptsache auf volkswirtschaftlichem Gebiet. Demokratie ist noch nicht Sozialismus, wie uns Dänemark, Schweden, England usw. beweisen. Zum Sozialismus gehört noch die Vergesellschaftung der Produktion. Wie aber kommen wir dazu? Früher nahm man an, die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft würden sich immer mehr zuspitzen, bis es zu einem gewaltigen Zusammenstoß käme, bei dem das Proletariat die Staatsgewalt übernimmt und den Sozialismus proklamiert. Früher legten wir das Hauptgewicht auf Agitationsarbeit. Wir waren zu schwach, um unsere Ziele schon zu erreichen. Wir können aber jetzt manches erreichen. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, der Bergwerke usw. wird nach dem Kriege schon durchgeführt sein. Sie sind ein Schritt vorwärts zum Sozialismus auf dem Wege des Reformismus. Die Wiedervereinigung hält uns für notwendig und daher auch für möglich. Große Aufgaben hat die Sozialdemokratie vor sich. Wenn wir alle Kräfte anspannen, läßt sich trotz der schweren Widerstände manches erringen.

Behrend betrachtet als das Hauptereignis des Parteitages das Referat Scheidemanns, der gute Worte besprochen habe. Er wendet sich gegen Loops, der seiner Ansicht nach die Frage der Demokratisierung unterschätze. Ohne Einwirkung der Massen auf die Gesetzgebung kommen wir nicht zum Sozialismus. Er betrachtet die in Scheidemanns Referat niedergelegten Anschauungen als grundlegend für die Parteiarbeit. Er ist der Ansicht, daß die Haltung des Parteitages zur Frage der inneren Politik den Sturz Michaelis beschleunigt habe. Die Frage der Landesverteidigung hat seiner Zeit zur Trennung geführt. Zwischen Landesverteidigung und Kreditbewilligung besteht kein unbedingter Zusammenhang. In der Anschauung, die innere Politik dürfe keinen Einfluß auf Kreditbewilligung und die Stellung der Partei in der äußeren Politik haben, scheint eine Wandlung eingetreten zu sein. Falls die Kreditbewilligung nur demokratischen Charakter trägt, muß sie angewandt werden.

Die Einigungsfrage ist vom Parteitage in zufriedenstellender Weise im Sinne des Danziger Beschlusses erledigt worden. Wir wollen die Einigung, weil sie eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse ist. Man bedauert den Ton der Gegenpartei; wer lehnt denn dort die Einigung an? Dieselben Charaktere wie bei uns. Hank und Scheidemann werden nicht in Einigungsverhandlungen eintreten. Die Möglichkeit der Einigung besteht, die Stimmung dafür ist bei den „Unabhängigen“ jetzt ganz anders als früher. Redner freut sich, daß Gehl sich die Auffassung des Parteitages zu eigen gemacht hat. Auch in Danzig wird man dazu kommen, die vorläufige Frage zu entscheiden.

Jacob erklärt es für gut, daß die Entscheidung kam. Die Rechnungsverständlichen befanden schon vor dem 4. August 1914, sie haben uns früher oft gequälert. Die Verhältnisse werden nicht untragbar, so daß die Entscheidung erfolgen mußte. Redner findet es befremdend, daß seiner weiteren Genossen bei Lösung der letzten Kongressfrage ins Ministerium eintreten. In ähnlicher Weise verhielt sich Frankreich und England entgegen anderen Verhältnissen als sie in Deutschland haben. Unsere Genossen würden sich derartige Feuerfahrungen nicht erlauben. Es wird die Notwendigkeit des freien Wahlrechts betont. Das Recht aber auch das Wahlrecht bedarf dringend des freibürgerlichen Charakters. Wir müssen praktisch nachsehen, was man sich die Gelegenheit bietet. Je mehr wir praktisch tätig sind, desto mehr gelangt es uns die Massen zu uns zu ziehen. Mit dem Regieren strengen wir nichts und können wir auch nicht normal. Redner hat eine Einigung mit den „Unabhängigen“ für ausgeschlossen. Über die Massen werden über diese Führer für ungeschicklich. Es ist gut, daß diese Leute die uns mehr geschädigt als genützt haben.

...wird in der Debatte eingetreten. Vom Genossen Loops ist folgende Resolution eingegangen; die später einstimmig beschlossen wurde:

Die heutige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und den Abstimmungen unserer Delegierten, Genossen Gehl, einverstanden. Insbesondere begrüßt sie die Beschlüsse, die eine proletarische Mitarbeit an der Demokratisierung Deutschlands und die Sozialisierung unserer Gesellschaft ermöglichen. Auch wünscht sie eine baldige einigte Arbeiterbewegung. Unter den jetzigen Umständen sieht sie das beste Mittel dazu in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei.

Loops ergreift als erster Debatteredner das Wort und führt aus: Unter dem Parteitag der letzten 10 Jahre war der zu Würzburg unbedingt der erfolgreichste in praktischer Arbeit. Die auf früheren Parteitagen ausgetragenen Meinungskämpfe nahmen oft Formen an, welche für uns nicht vorteilhaft waren. In Wahlkämpfen wurden diese Zwistigkeiten oft gegen uns ausgenutzt. Auch in Danzig hatte die Bewegung oft unter dem Meinungsstreit zu leiden. Auch jetzt bestehen noch verschiedene Richtungen, aber die Meinungen wurden sachlich ausgetauscht. Zur Frage der Landesverteidigung hat der Parteitag gut geurteilt, was geschehen ist. Er hat aber auch ausgesprochen, daß trotz der Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung unsere Reichstagsfraktion nicht gezwungen ist, unbedingt die Kredite zu bewilligen. Nach Ansicht des Redners hätten einer Regierung Michaelis keine Kredite wieder bewilligt werden dürfen.

In der Frage der Taktik kann Redner sich nicht auf den von Gehl eingenommenen Standpunkt stellen. Der Übergang zum Sozialismus liegt in der Hauptsache auf volkswirtschaftlichem Gebiet. Demokratie ist noch nicht Sozialismus, wie uns Dänemark, Schweden, England usw. beweisen. Zum Sozialismus gehört noch die Vergesellschaftung der Produktion. Wie aber kommen wir dazu? Früher nahm man an, die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft würden sich immer mehr zuspitzen, bis es zu einem gewaltigen Zusammenstoß käme, bei dem das Proletariat die Staatsgewalt übernimmt und den Sozialismus proklamiert. Früher legten wir das Hauptgewicht auf Agitationsarbeit. Wir waren zu schwach, um unsere Ziele schon zu erreichen. Wir können aber jetzt manches erreichen. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, der Bergwerke usw. wird nach dem Kriege schon durchgeführt sein. Sie sind ein Schritt vorwärts zum Sozialismus auf dem Wege des Reformismus. Die Wiedervereinigung hält uns für notwendig und daher auch für möglich. Große Aufgaben hat die Sozialdemokratie vor sich. Wenn wir alle Kräfte anspannen, läßt sich trotz der schweren Widerstände manches erringen.

Behrend betrachtet als das Hauptereignis des Parteitages das Referat Scheidemanns, der gute Worte besprochen habe. Er wendet sich gegen Loops, der seiner Ansicht nach die Frage der Demokratisierung unterschätze. Ohne Einwirkung der Massen auf die Gesetzgebung kommen wir nicht zum Sozialismus. Er betrachtet die in Scheidemanns Referat niedergelegten Anschauungen als grundlegend für die Parteiarbeit. Er ist der Ansicht, daß die Haltung des Parteitages zur Frage der inneren Politik den Sturz Michaelis beschleunigt habe. Die Frage der Landesverteidigung hat seiner Zeit zur Trennung geführt. Zwischen Landesverteidigung und Kreditbewilligung besteht kein unbedingter Zusammenhang. In der Anschauung, die innere Politik dürfe keinen Einfluß auf Kreditbewilligung und die Stellung der Partei in der äußeren Politik haben, scheint eine Wandlung eingetreten zu sein. Falls die Kreditbewilligung nur demokratischen Charakter trägt, muß sie angewandt werden.

Die Einigungsfrage ist vom Parteitage in zufriedenstellender Weise im Sinne des Danziger Beschlusses erledigt worden. Wir wollen die Einigung, weil sie eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse ist. Man bedauert den Ton der Gegenpartei; wer lehnt denn dort die Einigung an? Dieselben Charaktere wie bei uns. Hank und Scheidemann werden nicht in Einigungsverhandlungen eintreten. Die Möglichkeit der Einigung besteht, die Stimmung dafür ist bei den „Unabhängigen“ jetzt ganz anders als früher. Redner freut sich, daß Gehl sich die Auffassung des Parteitages zu eigen gemacht hat. Auch in Danzig wird man dazu kommen, die vorläufige Frage zu entscheiden.

Jacob erklärt es für gut, daß die Entscheidung kam. Die Rechnungsverständlichen befanden schon vor dem 4. August 1914, sie haben uns früher oft gequälert. Die Verhältnisse werden nicht untragbar, so daß die Entscheidung erfolgen mußte. Redner findet es befremdend, daß seiner weiteren Genossen bei Lösung der letzten Kongressfrage ins Ministerium eintreten. In ähnlicher Weise verhielt sich Frankreich und England entgegen anderen Verhältnissen als sie in Deutschland haben. Unsere Genossen würden sich derartige Feuerfahrungen nicht erlauben. Es wird die Notwendigkeit des freien Wahlrechts betont. Das Recht aber auch das Wahlrecht bedarf dringend des freibürgerlichen Charakters. Wir müssen praktisch nachsehen, was man sich die Gelegenheit bietet. Je mehr wir praktisch tätig sind, desto mehr gelangt es uns die Massen zu uns zu ziehen. Mit dem Regieren strengen wir nichts und können wir auch nicht normal. Redner hat eine Einigung mit den „Unabhängigen“ für ausgeschlossen. Über die Massen werden über diese Führer für ungeschicklich. Es ist gut, daß diese Leute die uns mehr geschädigt als genützt haben.

Danziger Nachrichten

Die diesjährige Herbstfeier der Arbeiterjugend sah wieder ein vollbesetztes Haus und die Besucher sind sicherlich auch diesmal auf ihre Rechnung gekommen. Das Programm wurde durch einen gut gelungenen Musikvortrag von Mendelssohns „Hochzeitsmarsch“ eröffnet. Genosse Loops ergriff durch einige Vorträge von Liedern und Prosadichtungen. Den Hauptteil des Programms bestritten wieder Jugendliche. Am besten gefielen mehrere Reigentänze, von denen einer so lebhaften Beifall fand, daß er wiederholt werden mußte. Sehr gut gefielen auch zwei vom Jugendlichen Gehl vorgelegene Lieder zur Laute. Lebhaftes Heiterkeit erweckten die von Jugendlichen aufgeführten Hans-Sachs-Schwänke. Nur wurde im letzten Schwank von einem Darsteller unangenehm übertrieben. Genosse Gehl wies in seinem Schlusswort auf die Bedeutung der Arbeiterjugend hin und forderte zur regen Beteiligung an der Arbeiterjugend auf.

Stadttheater

Vor mehreren Jahren hatte R. Köhler mit dem Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ einen vollen Erfolg. Er hatte mit diesem Stück eines der besten Lustspiele der letzten Jahre geschaffen. In dieser Spielzeit hat Köhler ein neues Lustspiel auf die Bühne gebracht, das hier in der vorigen Woche seine Erstausführung erlebte. Es heißt „Die beiden Seehunde“. Ein regierender Fürst eines deutschen Kleinstaates und ein Dienstmann aus der Residenz sind sich zum Verwechseln ähnlich und gehen mit ihren verabschiedeten Schürhaken ihrer Glanz und ihren bühnen Augenbrauen einem Paar Seehunden. Als ein neuer Harun al Raschid übernimmt nun der Fürst für eine Stunde die Rolle des Dienstmanns, um einmal das Volk richtig kennen zu lernen. Das führt zu allerlei heiteren Zwischenfällen und bietet auch einen kleinen Ausschnitt aus der politischen Geschichte um 1860 herum. Dazwischen läuft noch eine Liebesgeschichte bei Hofe. Wenn dies neue Stück Köhlers auch keine Frankfurter nicht erreicht, so ist es doch ein interessantes und sauber geschriebenes Unterhaltungsstück. Der Erfolg blieb denn auch nicht aus. Dazu trug in erster Linie Herr Werthe bei, der den Fürsten als einen zwar etwas bequemen, aber auch energiegelichen und liebesvollen alten Herrn bot. Den andern Seehund spielte Herr Trebe mit gesundem Humor. Herr Perino und Fräulein Castell gab den hübschen Ehepaar mit gutem Gefirgen in Zerkwürfnis und glücklicher Auslösung. Von den zahlreichen anderen Darstellern seien noch genannt die Herren Huberman, als der hübschste, in Wohlthätigkeit tragende Brauereibesitzer und Herr Maden als der demokratische Streber Dr. Vogel. Das Haus war auch bei der Wiederholung ausverkauft.

F. Dines's Glöckchen-Theater

Ein malerisches neues Programm hat Dir. Dins für die zweite Hälfte November aufgestellt und zwar sind u. a. die 2. und 3. Acte des Drama „Die Schöne und das Biest“ in ihren equilibristischen Reizen dargestellt, außer dem profolgiernten vorzüglichsten Künstler Klotz, der uns Darstellungen bringt, und des Komikers Waldem mit neuem Repertoire werden noch Pacht und

...wird in der Debatte eingetreten. Vom Genossen Loops ist folgende Resolution eingegangen; die später einstimmig beschlossen wurde:

Die heutige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und den Abstimmungen unserer Delegierten, Genossen Gehl, einverstanden. Insbesondere begrüßt sie die Beschlüsse, die eine proletarische Mitarbeit an der Demokratisierung Deutschlands und die Sozialisierung unserer Gesellschaft ermöglichen. Auch wünscht sie eine baldige einigte Arbeiterbewegung. Unter den jetzigen Umständen sieht sie das beste Mittel dazu in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei.

Loops ergreift als erster Debatteredner das Wort und führt aus: Unter dem Parteitag der letzten 10 Jahre war der zu Würzburg unbedingt der erfolgreichste in praktischer Arbeit. Die auf früheren Parteitagen ausgetragenen Meinungskämpfe nahmen oft Formen an, welche für uns nicht vorteilhaft waren. In Wahlkämpfen wurden diese Zwistigkeiten oft gegen uns ausgenutzt. Auch in Danzig hatte die Bewegung oft unter dem Meinungsstreit zu leiden. Auch jetzt bestehen noch verschiedene Richtungen, aber die Meinungen wurden sachlich ausgetauscht. Zur Frage der Landesverteidigung hat der Parteitag gut geurteilt, was geschehen ist. Er hat aber auch ausgesprochen, daß trotz der Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung unsere Reichstagsfraktion nicht gezwungen ist, unbedingt die Kredite zu bewilligen. Nach Ansicht des Redners hätten einer Regierung Michaelis keine Kredite wieder bewilligt werden dürfen.

In der Frage der Taktik kann Redner sich nicht auf den von Gehl eingenommenen Standpunkt stellen. Der Übergang zum Sozialismus liegt in der Hauptsache auf volkswirtschaftlichem Gebiet. Demokratie ist noch nicht Sozialismus, wie uns Dänemark, Schweden, England usw. beweisen. Zum Sozialismus gehört noch die Vergesellschaftung der Produktion. Wie aber kommen wir dazu? Früher nahm man an, die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft würden sich immer mehr zuspitzen, bis es zu einem gewaltigen Zusammenstoß käme, bei dem das Proletariat die Staatsgewalt übernimmt und den Sozialismus proklamiert. Früher legten wir das Hauptgewicht auf Agitationsarbeit. Wir waren zu schwach, um unsere Ziele schon zu erreichen. Wir können aber jetzt manches erreichen. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, der Bergwerke usw. wird nach dem Kriege schon durchgeführt sein. Sie sind ein Schritt vorwärts zum Sozialismus auf dem Wege des Reformismus. Die Wiedervereinigung hält uns für notwendig und daher auch für möglich. Große Aufgaben hat die Sozialdemokratie vor sich. Wenn wir alle Kräfte anspannen, läßt sich trotz der schweren Widerstände manches erringen.

Behrend betrachtet als das Hauptereignis des Parteitages das Referat Scheidemanns, der gute Worte besprochen habe. Er wendet sich gegen Loops, der seiner Ansicht nach die Frage der Demokratisierung unterschätze. Ohne Einwirkung der Massen auf die Gesetzgebung kommen wir nicht zum Sozialismus. Er betrachtet die in Scheidemanns Referat niedergelegten Anschauungen als grundlegend für die Parteiarbeit. Er ist der Ansicht, daß die Haltung des Parteitages zur Frage der inneren Politik den Sturz Michaelis beschleunigt habe. Die Frage der Landesverteidigung hat seiner Zeit zur Trennung geführt. Zwischen Landesverteidigung und Kreditbewilligung besteht kein unbedingter Zusammenhang. In der Anschauung, die innere Politik dürfe keinen Einfluß auf Kreditbewilligung und die Stellung der Partei in der äußeren Politik haben, scheint eine Wandlung eingetreten zu sein. Falls die Kreditbewilligung nur demokratischen Charakter trägt, muß sie angewandt werden.

Die Einigungsfrage ist vom Parteitage in zufriedenstellender Weise im Sinne des Danziger Beschlusses erledigt worden. Wir wollen die Einigung, weil sie eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse ist. Man bedauert den Ton der Gegenpartei; wer lehnt denn dort die Einigung an? Dieselben Charaktere wie bei uns. Hank und Scheidemann werden nicht in Einigungsverhandlungen eintreten. Die Möglichkeit der Einigung besteht, die Stimmung dafür ist bei den „Unabhängigen“ jetzt ganz anders als früher. Redner freut sich, daß Gehl sich die Auffassung des Parteitages zu eigen gemacht hat. Auch in Danzig wird man dazu kommen, die vorläufige Frage zu entscheiden.

Jacob erklärt es für gut, daß die Entscheidung kam. Die Rechnungsverständlichen befanden schon vor dem 4. August 1914, sie haben uns früher oft gequälert. Die Verhältnisse werden nicht untragbar, so daß die Entscheidung erfolgen mußte. Redner findet es befremdend, daß seiner weiteren Genossen bei Lösung der letzten Kongressfrage ins Ministerium eintreten. In ähnlicher Weise verhielt sich Frankreich und England entgegen anderen Verhältnissen als sie in Deutschland haben. Unsere Genossen würden sich derartige Feuerfahrungen nicht erlauben. Es wird die Notwendigkeit des freien Wahlrechts betont. Das Recht aber auch das Wahlrecht bedarf dringend des freibürgerlichen Charakters. Wir müssen praktisch nachsehen, was man sich die Gelegenheit bietet. Je mehr wir praktisch tätig sind, desto mehr gelangt es uns die Massen zu uns zu ziehen. Mit dem Regieren strengen wir nichts und können wir auch nicht normal. Redner hat eine Einigung mit den „Unabhängigen“ für ausgeschlossen. Über die Massen werden über diese Führer für ungeschicklich. Es ist gut, daß diese Leute die uns mehr geschädigt als genützt haben.

Wieder Käseverteilung an geistige Schwerarbeiter? Man schreibt uns: Die große Käseverteilung an geistige Schwerarbeiter hat wieder begonnen. Auf den Landratsämtern Danziger Niederung und Danziger Höhe usw. erhält jeder Angestellter ohne Käsefakt ein halbes Brot Dillter Vollkornbrot, auch junge unverheiratete Angestellte. Der Magistrat läßt dagegen wieder in einer Anzahl Geschäften Quart verkaufen, für 1,30 Mk. das Pfund, und bezeichnet den Quart als Weichkäse. Ist das etwa kein Wunder? Jetzt fehlt bloß noch, daß die Meiereien den Quart auch als Weichkäse für 1,30 Mk. verkaufen, dann ist alles richtig. 75 Pf. soll der Quart kosten. Seitdem es Quart auf Märkten geben soll, ist fast keiner mehr zu bekommen. Es wäre an der Zeit, diesem Uebelstand, der nur Erbitterung erzeugt, so schnell wie möglich zu beseitigen.

Zucker in Danzig teurer wie in Berlin

In Berlin ist jetzt der Preis für ein Pfund Zucker auf 38 Pf. festgesetzt worden und zwar werden Unterschiede in den Sorten nicht gemacht. Für Danzig aber hat die Provinzialzuckerstelle den Höchstpreis für Streuzucker auf 40 Pf. festgelegt. Es herrscht hier ein heimlicher Drang, alle Preise übermäßig hoch festzusetzen. Westpreußen müßte die billigsten Preise aufweisen.

Im Arbeitnehmerschuss wurde darauf hingewiesen, daß der Preis von Zucker und Bonbons eine viel zu hohe Spanne aufweise. In einem Falle würde an einem Zentner Zucker durch Verarbeitung 400-500 Mk. verdient. Man sollte den Zucker lieber unmittelbar in den Verkehr geben. Die Verarbeitung zu Bonbons verteuere die Ware unnötig und verbrauche Kohlen, die man sparen könnte. Es wurde erwidert, daß diese Zuckerzuweisungen durch das Reich erfolgen.

Die Kartoffelkarte in der Speisehalle.

Die Schwierigkeit mit den Kartoffelkarten für die Speisehallenbesucher wurden auch im Arbeitnehmerschuss besprochen. Von der in Aussicht genommenen Ablieferung von Kartoffeln statt der Kartoffelmarken hat man abgesehen. Dafür erhalten die Speisehallenbesucher, die ihre Kartoffelkarten an den Magistrat abgeliefert haben, eine Ersatzkarte, die für die Zeit nach dem 1. Mai gilt. Die Marken dieser Ersatzkarte werden in der Speisehalle abgeliefert. Auch diese Regelung befreit die Verwaltung noch nicht g. In anderen Städten wird man die gleichen Schwierigkeiten haben. Die beste Regelung wäre eine stärkere Zuweisung von Kartoffeln seitens der Reichskartoffelstelle, so daß die Städte von der Ablieferung der Kartoffelmarken ganz absehen könnten. Die Speisehallen sind eine außerordentlich gemeinnützige und wohlthätige Einrichtung, die es verdient, daß man ihr durch Zuweisung von ausreichend vorhandenen Nahrungsmitteln entgegenkommt. Es ist bedauerlich, daß man zögert, der ganzen Bevölkerung wöchentlich 10 Pfund zu liefern. Man sollte dann aber wenigstens so weit gehen, den Speisehallen ihren vollen Kartoffelbedarf zuzuwenden.

Das Jeterabend-Tabak des „Heinen Mannes“.

Nach getaner Arbeit ist gut ruhn und — schmauchen! So war es von jeher in Deutschland, auf dem Lande wie in der Stadt, je mancher Arbeiter (Landleute, Fischer, Schiffer, Fuhrleute usw.) mochten auch bei der Arbeit ihren „Knaster“ nicht missen. Damit wird es nun bald vorbei sein, wenn man nicht mit Toleranzverachtung allerlei „Ersatzraucher“ rauchen will, denn Tabak ist knapp und eine strapellose Profitgier hat den Preis für Tabakrippen (Blättertabak ist so gut wie verschwunden oder geradezu unerschwinglich teuer!) auf die schwindelnde Höhe von rund 8 Mark für ein Pfund getrieben. Die Schuld an diesen Preisen trifft, wie der Kriegsausschuss für Konsuminteressen hervorhebt, durchweg nicht den Kleinhandel, der selbst bis 7 Mark für das Pfund bezahlen muß, sondern den Großhandel und noch mehr die Tabakfabrikanten und Tabakimporteure. Noch im Sommer dieses Jahres war der Preis für überfeuchte gewaltige Tabakrippen „nur“ rund 3 1/2 bis 4 Mark für 1 Pfund. In Friedenszeiten waren die Zigarrenfabrikanten froh, wenn sie beim „Entrippen“ der Zigarrentabake gewonnene Rippen mit 25 Pf. für ein Pfund Legatü betamen!

Trotz der Kriegsteuerverhöhung für Tabak und der hohen Disagio-Zuschläge, welche die Reichsmark zu tragen hat, ist selbst der sieben bezifferte Sommerpreis des Rippenrauchtabaks nicht zu rechtfertigen, die seitdem beobachtete, spekulativ begründete

Die Verdoppelung des Preises aber nach West und rund als Preiswucher bezeichnet werden. Wo bleibt das Kriegswirtschaftsamt und die Gesamtheit der Preisprüfungsstellen? Labat gehört, wie die Dinge nun stehen liegen, zu den „Gegenständen der täglichen Bedarfs“ und da auch deutsche Labate in einer so unverantwortlichen Weise verteuert sind, muß im Interesse des habeim gebliebenen kleiner Mannes dem dieser Welt seiner Lebensgenüsse wohl zu gedenken ist, kühnlich und rücksichtslos eingegriffen werden. — Das erfordert nicht nur die Gerechtigkeit sondern auch die staatsmännliche Klugheit!

Schnellere Abfertigung in den Kohlegeschäften
Das Stehen vor den Kohlegeschäften ist deshalb ganz besonders bedauerlich, weil die Kohlen am stärksten bei Winter frost verlangt werden, wo das Stehen in der Kälte noch ungesünder ist, wie im Sommer. Die Kohlegeschäfte sollten alles daran setzen, durch eine gute Organisation das Stehen vor den Geschäften zu verhindern. Sind sie dazu nicht in der Lage, so müßte die Kundennummerierung mit Aufruf der Kunden vorgeschrieben werden. Im Arbeitnehmerauschuß wurde empfohlen, mehr Kohleverkaufsstellen einzurichten, die dann besser über die Stadt verteilt werden könnten, um den Transportweg zu vermindern. Bisher sind in Danzig etwa 57 Kohleverkaufsstellen vorhanden.

Zu der Zwiebelknappheit
Die Berliner Tagesblätter eine Zuschrift, die das plötzliche Verschwinden der für den Haushalt so notwendigen Zwiebeln erklärt. Danach wird in den Warenhäusern und in den großen Delikatessengeschäften ein Fabrikat „Zwiebelpulver“ angeboten, das von einer süßlichen Konervenfabrik hergestellt wird. Nach der Aufschrift soll dies Zwiebelpulver, von dem 500 Gramm 7,50 Mk. kosten, 18 Pfund frischer Zwiebeln in der 500-Gramm-Dose enthalten. Das Pfund Zwiebeln würde sich demnach auf 41,8 Pfennig stellen, während der Erzeugerhöchstpreis etwa 12 Pfennig, mit Fracht und Spesen für den Fabrikanten etwa 15 Pfennig, beträgt. Daß demnach ein außerordentlich hoher Gewinn aus das Fabrikat aufgeschlagen wurde, ist klar, eine Nachprüfung der Kalkulation wäre am Platze. Selbstverständlich wird die Konervenfabrik große Zwiebelmengen herangezogen haben, die den privaten Haushaltungen sehr stark fehlen.

Ein kluger Rechtsanwalt
Der Berliner Rechtsanwalt Jakob Faß, der bald nach Kriegsbeginn eine der größten Fleischkonervenfabriken ins Leben rief, für die er merkwürdigerweise Tiefenherstellungsbewilligung erhielt, obwohl ihm alle fachmännischen Kenntnisse fehlten, begnügte sich mit den Millionengewinnen seiner Fabrik nicht, sondern er hielt es auch für standesgemäß, entgegen dem ihm von der Intendantur auferlegten Bedingungen bestimmte Fleischsorten nicht zu 90 Pf. das Pfund den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen. Herr Faß sah es vielmehr als ehrenvoller an, dieses Fleisch zu 2,20 bis 2,40 Mk. an andere Unternehmer zu verschicken, und wurde nunmehr dafür in eine Geldstrafe von 30 000 Mk. genommen. Er wird diese Geldstrafe leicht verschmerzen, so daß der Strafzweck kaum erreicht werden dürfte. Deshalb ist es bedauerlich, daß noch immer keine Möglichkeit besteht, das Strafmaß der Verurteilten nach dem Wohlstand der Täter anzupassen.

Ueber Missetaten in der städtischen Badeanstalt Niederstadt wird geklagt. Badegelegenheit findet sich dort nur am Freitag, Sonnabend und Sonntag. Sonntags ist Badezeit von 8—11 Uhr vormittags. Am letzten Sonntag wollte dort, wie uns mitgeteilt wird, ein Feldgrauer haben. Beim Öffnen einer Badekarte wurde ihm erklärt, daß er heute nicht mehr haben könne, denn das Wasser wäre zu kalt. Nach vielem Hin und Her gelang es dem Feldgr. wenn doch noch in die Badewanne zu steigen. Er staunte aber nicht schlecht als er merkte, daß das Wasser, das angeblich zum Baden zu kalt gewesen sein sollte, so heiß war, daß über die Hälfte kaltes Wasser zugegeben werden mußte. Hier müssen also andere Veranlassungen vorgelegen haben. Der Vorgang spielte sich zwischen 10 und 11 Uhr ab und sollte den Magistrat veranlassen dafür zu sorgen, daß Leute, die sich rechtzeitig in der Badeanstalt anmelden, keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Zwei Verordnungen der Kommandantur bezüglich der Wohnungen aufgehoben. Wie in der Versammlung des Hausbesitzervereins bekannt wurde, ist auf Antrag des Magistrats die Kommandantur von letzterer die Verordnung vom 9. Mai und die Ergänzungsverordnung aufgehoben worden. Die Aufhebung erfolgte bereits am 5. November, ohne daß es

Feuilleton

Die Urpreußen

Die älteste, wissenschaftliche Urkunde, die uns über das heutige Preußen gekommen ist, stammt aus dem Bericht des angelfränkischen Seefahrers Wulfstan, der im 9. Jahrhundert von Hndabn (Schleswig) aus die östlichen Länder an der Ostsee bereiste, etwa 400 Jahre nach der Befehung Englands durch die Angeln und Sachsen. Wulfstan bereiste und beschrieb das Gebiet der Weichsel, die heutigen Provinzen Westpreußen und Ostpreußen mit dem Hinterlande. Er bezeichnet die Bewohner noch als Esten. Dieser älteste Name Lettino (Liti) ist von den Bewohnern des Landes Preußen dann später auf das heutige Estland übergegangen. Der Name Preußen — Poruzen oder Bruzen bedeutet die Leute nahe bei den Russen (po — nahe, bei), wie Pommeren — Pomaren, die Leute nahe dem Meere, bezeichnet. Nachweisbar ist der Name Bruzen — Preußen zuerst in einer päpstlichen Urkunde aus dem 10. Jahrhundert.

Wulfstan bezeichnet die Weichsel als einen sehr großen Strom, der aus Willand und Wendenland herfließt. Willand nennt er das zum Estlande gehörige Gebiet zwischen Ostsee und den Armen der Danziger und Elbinger Weichsel. Letztere bezeichnet er als Ufing, die von Osten her in das Estland fließt, während die Weichsel von Süden her in das 15 Meilen breite Estmeer (das Frische Haff) fließt. Die Weichsel nehmen die Ufing ihren Namen und streckt sich von dem Estland nach Westen und Norden in die See. Hier fließt Weichsel. Jede Stadt habe einen König. Das Land sei reich an

Der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Veröffentlichung im Intelligenzblatt ist unternommen geblieben. Nach diesen Bestimmungen bedürften Kündigungen und Mietssteigerungen der Genehmigung des Mietsvermittlungsamtes. Jetzt gilt nur noch eine Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917. Kündigungen und Mietssteigerungen bedürfen nicht der Genehmigung. Gegen eine Kündigung, sowohl von Seiten des Vermieters, wie des Mieters, und gegen eine Mietssteigerung kann aber beim Mietsvermittlungsamt Einspruch erhoben werden. Das Vermittlungsamt entscheidet dann endgültig. Ebenso entscheidet das Vermittlungsamt auf Antrag des Vermieters über die Aufhebung eines Mietvertrages, der nicht erfüllt werden kann, weil der alte Mieter nicht ausziehen gewillt ist.

Ein neuer Schwindlerfeld.

Mit einem neuen Trick verfuhr es am Dienstag dieser Woche ein junger Mann bei der Wirtin des auf der Kaiserl. Werft beschäftigten Maschinenbauers L. mit dem angeblichen Auftrag, eine Kiste Zigarren für diesen abzugeben. Zugleich wollte er beauftragt sein, einen guten Anzug mitzubringen, den L. für einen Weg gleich von der Arbeitsstelle benötigte und keine Zeit habe vorher nach Hause zu kommen.

Der Wirtin stiegen sofort Bedenken auf. Sie verweigerte die Herausgabe des Anzugs; machte aber dem Schwindler den Vorschlag, die Kiste Zigarren dazulassen. Damit hatte dieser scheinbar nicht gezögert. Mit der Erklärung, denn die Zigarren lieber wieder mitzunehmen, zog er leider unerwartet von dannen.

Da die Möglichkeit besteht, daß es der Schwindler an anderer Stelle mit dem gleichen Manöver versuchen wird, sei hiermit öffentlich davor gewarnt.

Weihnachtspakete nach dem Felde

Der Postverwand nimmt erfahrungsmäßig vor dem Weihnachtsfest stets größeren Umfang an. Um Störungen des Verkehrs zu verhindern, ist es notwendig, die Annahme von Privatpaketen nach dem Felde, die über Militär- und Paketämter geleitet werden, vorübergehend in der Zeit vom 9. bis 25. Dezember einzustellen. Frachtkübelgüter bis 50 Kilogramm an Heeresangehörige werden nach wie vor angenommen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß bei der Aushebung des Kriegsschauplatzes und der starken Inanspruchnahme aller Beförderungsmittel das Eintreffen der Weihnachtspakete vor dem Fest nur bei frühzeitiger Auflieferung erwartet werden kann. Feldpakete an Heeresangehörige in Stebenbürgen, auf dem Balkan und in Italien sind schon im November aufzubefern, so daß sie bis zum 1. Dezember beim zuständigen Sammelpaketamt eintreffen. Feldpakete nach der Türkei sind „an das Sammelpaketamt Breslau“, solche nach Bulgarien und der Dobrußtscha „an das Sammelpaketamt Leipzig“, für Truppen in Italien, Stebenbürgen und Rumänien nördlich der Sonau „an das Sammelpaketamt München“ unter Angabe der genauen Adresse zu richten. (Amtlich.)

Mehr Frauen im Barbiergewerbe

Die Obermeister der oberösterreichischen Friseurinnungen beschlossen, in zweimonatigen Lehrgängen Frauen im Rasieren und Haarschneiden mit der Maschine auszubilden, da zu befürchten ist, daß auf Grund der Entscheidung des Kriegsamtes, daß das Barbiergewerbe nicht kriegswichtig ist, zu erwarten ist, daß nunmehr alle noch verfügbaren Meister und Gesellen zum Hilfsdienst einberufen werden.

In dieser Hinsicht ließe sich wohl jetzt schon eine zweckmäßige Verringerung ermöglichen. Vielfach ist es noch üblich, nicht allein die Lehrlinge in die Wohnung von Kunden zu schicken, die sich dort rasieren usw. lassen. In dieser Bequemlichkeit liegt jetzt gar keine Veranlassung vor. Sie führt vielfach dazu, daß wirklich und ernst Arbeitende ihre knapp bemessene, kostbare Zeit unnütz beim Barbier zum Warten fortwachen müssen, weil irgend ein recht überflüssiger Herr nach alter Gewohnheit zu Hause rasiert sein will. Im Kriege darf es solche Untugenden nicht geben. Ausnahmen sind höchstens für Kranke und ganz Gebrechliche zulässig.

* **Rückgang im Schnellzugsverkehr.** Aus Mitteilungen der Eisenbahnverwaltung über die Benutzung der Schnell- und Eilzüge geht hervor, daß der Rückgang im Verkehr von Berlin sich auf etwa zwei Drittel beläuft, also der Verkehr auf etwa ein Drittel der Reisenden zurückgegangen ist. So sind z. B. an Schnell- und Eilzugsfahrkarten verkauft worden: am Sonnabend den 6. Oktober 25 268 Stück und am Dienstag den 16. Oktober 24 780 Stück. Nach erfolgter Einführung der Ergänzungsgebühr ging der Verkehr zurück, und zwar am Diens-

tag den 7. Oktober auf 8858 Fahrkarten, am Sonnabend den 27. Oktober auf 8127, am Dienstag den 30. Oktober auf 5525 und am Sonnabend den 3. November auf 8300 Fahrkarten. In den anderen Wochentagen ist das Verhältnis der Verkehrszahlen etwa das gleiche.

* **Reichsbehörden.** Für die Reichsbeamten im Ruhestand und die Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Ruhegehaltsempfänger ist durch Runderlaß des Reichsstatlers die Möglichkeit der Gewährung von tausenden Kriegsbeihilfen in gleichem Umfang und in der gleichen Form geschaffen worden, wie sie in Preußen dem entsprechenden Personenteil gemäß Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ vom 25. September dieses Jahres gewährt werden können.

Wohnung und Sittlichkeit

In seinem Buche „Erziehungsaufgaben des Neuen Deutschlands“ streift Professor Otto Baumgarten, Kiel, auch den Einfluß, den die Wohnung auf die Sittlichkeit ausübt. Als eine Forderung der geschlechtlichen Volkserziehung stellt er eine gesunde Wohnungs-politik auf und schreibt darüber: „Der Bedeutung sollte doch auch der christliche Moralist erkennen! Ist es nicht eine Torheit, Erziehung zu keuscher Scheu vor dem göttlichen Geheltnis, zur Pietät vor den Eltern, den Urhebern des Lebens, als grundlegend für alle religiöse Erziehung fordern und nicht dafür zu sorgen, daß das Geheimnis und die Scheu davor sich bilden und erhalten können durch räumliche Trennung des Ehebettes von den heranwachsenden Kindern? So sind die Bestrebungen nach Ueberwindung der Mietskaserne mit ihrer Aufhebung alles Fürsichlebens der Familie, alles Bestehens der Kinder vor dem Gift der Unkeuschheit durch das ob auch bescheidenste Eigenheim, in dem die Kinder von den Eltern und von den Nachbarn geschieden aufwachsen können, sind diese Bestrebungen nicht zugleich im Interesse der geschlechtlichen Gefundung unseres Volkes zu fördern? Kann denn in dem Niesendetrieb einer großstädtischen Mietskaserne die zarte Blume keuscher Pietät erstarren, so daß sie späteren Früchten und Zerfassungen wideriger Winde gewachsen ist? Daß die Grund- und Bodenpekulation, die dem Volke Licht, Luft und Scholle entzieht, um Wenigen einen mühelosen Wohlstand zu schaffen, ein Fluch ist für die geschlechtliche Gefundung des Volkes, müßte endlich erkannt werden.“

Diese Erwägungen sollten besonders von den Gemeindevorstellungen viel mehr als bisher beachtet werden. Soll Deutschland jedem seiner Kinder ein wahres Vaterland werden, dann müssen mit allem Ernst und rücksichtsloser Entschlossenheit vor allem die schweren Missetaten ausgerottet werden, die Baumgarten auch nur ganz oberflächlich berührt.

* **Das Ende der Lederschuhe.** Halbamtlich wird folgendes mitgeteilt: Aus Schuhmacherkreisen wird berichtet, daß noch immer Verbraucher in großer Zahl die Ausführung von Besohlbereiten von der Verwendung von Ledersohlen abhängig machen. Es erscheint deshalb erforderlich, über die Aussichten der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lederschuhwerk ein klares Bild zu entwerfen. Schätzt man ganz gering die versorgungsbefürftigte Bevölkerung auf 50 Millionen und rechnet auf den Kopf und das Jahr nur ein Paar Schuhe und etwa drei Paar Schuhe für die Ausbesserung von getragenen Schuhwerk, dann ergibt sich ein Lederbedarf, der in diesem Winterhalbjahr noch nicht einmal zum siebenten Teile gedeckt werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die geringen verfügbaren Vorräte auch noch von sehr mäßiger Güte sind. Nun läßt sich aber keineswegs bei allen Teilen der Bevölkerung der Bedarf gleichmäßig herabzuschrauben, da einzelne Berufsstände unbedingt auf die Versorgung mit Lederschuhwerk angewiesen sind. Die Grundarbeiter unter Tage, die Fischer und Kanalarbeiter bedürfen zur Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit der Lederschuhe. Hierdurch wird das Gesamtbild noch bedeutend ungünstiger, denn nach den bisher vorliegenden Bedarfsanmeldungen für diese Arbeiterklassen wird die Gesamtmenge des verfügbaren, wirklich guten Lederbedarfes voraussichtlich nicht einmal ausreichen, um diesen Bedarf zu decken. Für die übrige Bevölkerung ist also für die Zeit bis zum nächsten Frühjahr Lederbedarf überhaupt nicht vorhanden. Es kann deshalb nur dringend geraten werden, bei allen Besohlbereiten Ersatzsohlen verwenden zu lassen. In Bezug auf die Versorgung mit Geyhoherleder ist die Lage fast noch ungünstiger. Alles verfügbare stärkere Oberleder muß zur Herstellung des Berufsschuhwerks für die oben genannten Arbeiterklassen Verwendung finden. Die Herstellung von Lederschuh für die übrige Bevölkerung muß also schon gegenwärtig auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden und dürfte ungewissheit bereits in den nächsten Monaten gänzlich aufhören. Die Bevölkerung wird deshalb gut tun, sich schon jetzt darüber klar zu werden, daß in Zukunft für Neuanschaffungen nur der Kriegsschuh aus Stoff und Holzsohle in Betracht kommt.

Bücher-Ecke.

Wir bitten unsere Parteigenossen, die Bücher-Auswahl und Bestellung für das Weihnachtsfest schon jetzt vorzunehmen, da wir sonst pünktliche Lieferung nicht versprechen können.

Ruchhandlung Volkswacht.

Honig und Fischen, der König und die Leute tranken Pferdewitz, die Unermögenden und Sklaven Met. Hier brauten sie nicht, aber Met sei genug da.

Die Esten führten nach Wulfstan sehr viele Kriege untereinander. Wenn einer starb, so ließen sie ihn einen oder zwei Monate unverbrannt liegen, die Könige und Weichen noch länger, bis zu einem halben Jahre. Diese Zeit, wo die Leiche unverbrannt im Hause lag, wurde von den Angehörigen und Freunden mit Trunk und Spiel gefeiert bis zur Verbrennung. Diese Gelage fanden auf Kosten des Verstorbenen statt. Was von seinem Vermögen noch übrig war, wurde am Tage der Verbrennung in fünf bis sechs Teile geteilt. Die ungleichen Teile wurden bis zu einer Meile von der Stadt derart ausgelegt, daß der kleinste Teil sich der Stadt am nächsten, der größte am fernsten befand. Darauf versammelten sich alle Leute mit den schnellsten Pferden im Lande fünf bis sechs Meilen von den Häufigkeiten entfernt. Auf ein gegebenes Zeichen sprengten sie los, und jeder nahm den Teil, den er zuerst erreichte, und durfte ihn behalten. Die Schnelligkeit der Pferde spielte dabei die größte Rolle, deshalb waren schnelle Pferde sehr gesucht und hoch bezahlt. War so das Vermögen verteilt, dann wurde der Leiche verbrannt. Wulfstan erzählt noch, daß die Esten künstlich eine große Kälte hervorzubringen verstanden, wodurch sie bewirkten, daß die Toten nicht verwesten. Sie konnten durch diese Kälte bewirken, daß Gefäße voll Bier oder Wasser sich mit Eis bedeckten, ob es im Sommer sei oder Winter. Demnach haben die alten Preußen schon künstliches Eis erzeugen können. Leider hat Wulfstan keine Beschreibung von dieser den Esten nachgerühmten Kunst, Kälte hervorzubringen, gegeben.

— **Wie alt ist die Felle?** Das Alter der Felle darf gefasst auf 5000 bis 6000 Jahre geschätzt werden; jedenfalls gehört sie zu den ältesten Werkzeugen der Menschheit. Schon die Ägypter, Römer, Venezianer und Griechen hatten sie eifrig benützt. Alte Funde lassen darauf schließen, daß man damals die Felle durch Einfällen herstellte, das Hauen der Felle scheint erst vor etwa 1000 Jahren aufgefunden zu sein. Im Mittelalter war Nürnberg der Hauptort der Fellenherstellung. Aber auch Remscheid, das heute den Hauptort dieser Industrie bildet, wies schon im Mittelalter Fellenhauer auf. Der 20jährige Krieg mit seinen furchtbaren Folgen für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ließ auch die Fellenindustrie fast ganz aus Deutschland verschwinden. Sie wanderte um 1618 nach Sheffield aus, das heute noch die damals errungene Stellung behauptet. Erst die Einwanderung der ihres Glaubens wegen aus Frankreich und den Niederlanden vertriebenen Hugonotten und Calvinisten weckte die deutsche Fellenindustrie wieder auf, und zwar insbesondere im Remscheider Bezirk. Hier wurden Ende des 17. Jahrhunderts die ersten Wasserräder gebaut, durch die sich die Fellenhauerei wesentlich vereinfachte. Andere technische Fortschritte führten zu weiteren Verbesserungen der Herstellungsverfahren, bis im 19. Jahrhundert die Umwandlung der Hausindustrie zur Fabrikindustrie die Entwicklung im großen und ganzen abschloß. Heute ist die deutsche Fellenindustrie außer in Remscheid vorzugsweise in Lindlar bei Köln, in Eslingen, Ebenkoben und Luderstadt zu Hause. In diesen finden sich auch überall dort Fellenfabriken, wo sich Industrien angesiedelt haben, die diese Werkzeuge brauchen. Viele dieser Betriebe beschränken sich allerdings auf das Ausschleifen alter gebrauchter Fellen.

Aus Westpreußen

Ohra. Zum Bürgerlichen Verein nahmen die Ohreer Genossen nach einem Referat des Genossen Gehl Stellung. Eine im Sinne des Referats, das wir an anderer Stelle wiedergeben, gefasste Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Sonntagstages einverstanden erklärt, wurde einstimmig angenommen.

Beschlossen wurde, am Montag den 19. November eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die sich mit der Ernährungsfrage beschäftigen soll. Zu dieser Versammlung soll der Ernährungsauausschuss in Ohra und der Landrat eingeladen werden. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Elbing.

Dem Bericht über die Scheidemann-Versammlung in der letzten Nummer der „Volkswacht“ gaben wir eine kurze Einleitung, in der wir nebenbei bemerkten, daß Direktoren, leitende Beamte und Werkmeister der Schichau-Werke in größerer Zahl erschienen waren. Die Firma Schichau sendet uns dieserhalb folgende

Berichtigung:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, in der nächsten, am 17. November 1917 erscheinenden Nummer Ihres Blattes folgende Richtigstellung zu veröffentlichen:

„In dem Bericht über Scheidemanns Rede in Elbing in Nr. 45 der „Volkswacht“ vom 10. November 1917 ist gesagt, daß u. a. Direktoren und leitende Beamte der Schichau-Werke in größerer Zahl an der Versammlung teilgenommen hätten. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Kein einziger der Direktoren und leitenden Beamten der Schichau-Werke hat an der Versammlung teilgenommen.“

Hochachtungsvoll

v. pa. F. Schichau.
G. Siebert.

Daß Werkmeister an der Versammlung teilgenommen haben, wird also nicht bestritten. Unser Gewährsmann glaubte

Die Gewerkschaften im Jahre 1916

Der ungeheure Bedarf an Menschen, den dieser Krieg erfordert, hat im Jahre 1916 einen weiteren Rückgang in der Zahl der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften verursacht. Der Ersatz, der für die im Heeresdienst eingezogenen Berufsarbeiter in die Betriebe eintritt, ist vielfach nicht gleich für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Der tiefste Stand der Bewegung scheint jedoch am Ende des Jahres 1916 erreicht worden zu sein. Von da an zeigt eine Zunahme der männlichen Mitglieder und damit eine Vermehrung des Gesamtmitgliederbestandes der Gewerkschaften ein.

Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter) hatten 1916 ... Jahresdurchschnitt 744 992 männliche, 180 895 weibliche, zusammen 925 887 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Verlust von 199 166 männlichen Mitgliedern eingetreten, während sich die weiblichen Mitglieder um 8694 vermehrten, so daß ein Gesamtverlust von 190 472 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Das 4. Quartal 1916 weist mit 934 784 Mitgliedern die niedrigste Bestandsziffer auf. Mit dem Jahre 1917 geht es wieder aufwärts. Es betrug die Mitgliederzahl in diesem Jahr am Schluß des ersten Quartals 996 062 und am Schluß des zweiten Quartals 1 076 493. Das ist ein Mehr von 141 709 Mitgliedern gegenüber der Schlußzahl des Jahres 1916. Beachtenswert ist, daß an dieser Zunahme auch die männlichen Mitglieder einen erheblichen Anteil haben. Es stieg ihre Zahl während des ersten Halbjahres 1917 um 82 521, trotz des in dieser Zeit erfolgten Abgangs durch Einberufung zum Kriegsdienst. Der nach Kriegsausbruch eingetretene Rückgang an weiblichen Mitgliedern erreichte bereits am Schluß des Jahres 1915 mit 169 907 den tiefsten Stand. Im Laufe des Jahres 1916 stieg dann die Mitgliederzahl auf 197 608, und am Schluß des zweiten Quartals 1917 hatten die Zentralverbände 258 196 weibliche Mügl., 421 79 mehr als vor Kriegsausbruch. Die seit 1916 eingetretene erfreuliche Vermehrung des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften übersteigt die Erwartungen und berechtigt zu der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten weiter aufwärts mit der Gewerkschaftsbewegung gehen wird.

Die Hindernisse sind nicht gering. Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleineren Orten die Zweigvereine in mühevoller Arbeit, ohne Entschädigung aufrechterhalten. Diesem Verlust ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände zuzuschreiben, die von 1914 bis Jahreschluß 1916 von 11 107 auf 9548 sank, sich also um 2439 verminderte. Auch die Zahl der besoldeten Gewerkschaftsbeamten ist in den drei Kriegsjahren erheblich geringer geworden. Sie ging von Mitte 1914 bis Ende 1916 von 2867 auf 1289, um nämlich die Hälfte zurück; 1593 Angestellte wurden bis 1916 zum Heeresdienst eingezogen. Beim Einzug in vieler Kräfte ist es schwierig, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. Dabei muß immer wieder betont werden, daß die Arbeitslast der Funktionäre während des Krieges erheblich gewachsen ist. Zu der Fürsorge für die Familien der Kriegseingesetzten, den Arbeiten bei der Regelung der Nahrungsmittelverteilung sind die durch das Hilfsdienstgesetz bedingten Einparierungen. Die Lösung des Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern erfordert heute bei der Art des Verhandlungsweges oft mehr Zeit und Arbeit als im Friedenszeiten.

Die Einnahmen der Verbände sind, wie erklärlich, während des Krieges stark zurückgegangen. Sie betragen 1913 82 005 540 Mk., 1914 70 871 254 Mk., 1915 41 503 227 Mk., 1916 34 127 245 Mk. Aber auch die Ausgaben haben sich stark vermindert. 1913 betragen sie noch 79 547 272 Mk., sie waren noch um 4 Millionen höher als 1913, da mit Kriegsausbruch die Gewerkschaften erhebliche Kosten an Unterstützungen zu tragen hatten. Waren doch in diesem Jahre allein an Arbeitslosenunterstützung 25 715 992 Mk. verausgabt. Das Jahr 1915 verzeichnet eine Ausgabe von 34 935 864 Mk. und im Jahre 1916 betrug sie nur 30 074 045 Mk. Bedeutend wurde auch die Arbeitslosenunterstützung, und zwar von 3 455 438 Mk. im Vorjahr auf 1 449 139 Mk. im Berichtsjahr. Dagegen ist die Besoldung für Vertrauensleute von

2 425 033 Mk. auf 3 664 592 Mk. Für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen wurden 175 529 Mk., für Unterstützung in Notfällen 303 066 Mk., für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 5 992 064 Mk. (1915 8 074 085 Mk.), für Beihilfe in Sterbefällen 1 266 799 Mk. verausgabt. Obwohl die Verbandsorgane 1916 noch unter größeren Einschränkungen als im Vorjahr erschienen, stieg die Ausgabe dafür von 1 225 165 Mk. auf 1 246 201 Mk., was den erhöhten Druck- und Papierpreisen zuzuschreiben ist. Der Kassenbestand der Verbände betrug am Schluß 1916 67 829 137 Mk., darunter fehlt jedoch das Vermögen des Metallarbeiterverbandes.

Gleich den Zentralverbänden haben auch die örtlichen Gewerkschaften im Jahre 1916 einen weiteren Mitgliederverlust erlitten. Ihre Zahl ging von 61 068 im Jahre 1915 auf 57 766 im Jahre 1916 zurück. Die Gesamteinnahme betrug 1 753 387 Mk., 146 483 Mk. weniger als 1915, und die Gesamtausgabe belief sich auf 1 672 232 Mk.; sie ist um 186 426 Mk. höher als im Vorjahr.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften berichtet, daß die Jahresdurchschnittsziffer des Mitgliederbestandes einen Rückgang von 1837 Mitgliedern aufweist. Am Jahreschluß wäre jedoch eine Mitgliederzunahme von 16 482, von 162 425 auf 178 907, zu verzeichnen. Diese Zahlen werden jedoch beeinflusst durch den im Jahre 1916 erfolgten Zutritt von zwei weiteren Organisationen, den Verband der Angestellten mit 357 und den Bayerischen Postverband mit 10 874 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften beliefen sich 1916 auf 3 231 432 Mk., gegen 3 717 847 Mk. im Vorjahre. Die Ausgaben verringerten sich von 3 505 897 Mk. 1915 auf 2 901 243 Mk. 1916.

Die drei Organisationsgruppen, Zentralverbände, Gewerkschaften und christliche Gewerkschaften, hatten 1916 insgesamt 1 187 953 Mitglieder gegen 1 383 582 im Jahre 1915. Der Mitgliederverlust beträgt 195 629. Die Einnahmen beliefen sich auf 39 012 067 Mk., die Ausgaben auf 34 647 623 Mk. Der Kassenbestand betrug 76 652 183 Mk. Hierbei fehlt, wie schon bemerkt, der Bestand des Metallarbeiterverbandes.

In der finanziellen Leistungsfähigkeit sind die Zentralverbände den beiden anderen Organisationsrichtungen weit überlegen. Diese Tatsache drückt sich nicht nur in den numerisch größeren Einnahmen und Ausgabebeträgen aus, sondern tritt auch hervor bei dem Anteil, der auf jedes Mitglied von den Ausgaben für Unterstützung entfällt. Es verausgabten für alle Unterstützungszweige einschließlich der Ausgabe für Rechtschutz die Zentralverbände 13 457 310 Mk. oder pro Mitglied 14,8 Mk., die Gewerkschaften 88 930 Mk. oder pro Mitglied 1,54 Mk., die christlichen Gewerkschaften 1 049 716 Mk. oder pro Mitglied 6,02 Mk.

Die Gewerkschaften haben auch im dritten Kriegsjahr die Politik verfolgt, die sie bei Kriegsbeginn einschlugen. Sie läßt sich in die alte Formel fassen: „Sicherung der Interessen der Arbeiterklasse“. Allerdings Voraussetzungen und Bedingungen für die Erreichung dieses Zweckes sind andre als in Friedenszeiten. Ohne Ueberreidung kann man sagen, daß der Einfluß der Gewerkschaften im Laufe des Krieges gewachsen ist. Sie haben sich damit als eine wirtschaftliche Kraft erwiesen. Daß ihr Mitgliederbestand und ihre Einnahmen um die Hälfte verringert sind als im Jahre vor dem Krieg, ist eine so selbstverständliche Erscheinung, die nicht erst erklärt zu werden braucht. Die Prüfung der Ergebnisse der Statistik zeigt, daß die Gewerkschaften nach dreijähriger Kriegsdauer ihre Aufgaben genau so zu erfüllen vermögen wie zu Kriegsbeginn.

Die Presse als Führerin!

Nicht als jemals braucht die Masse der Arbeitenden jetzt ein Organ, das, so gut es die Verhältnisse gestatten, ihr Führer, Führer und Verteidiger ist. In noch höherem Maße wird das der Fall sein, wenn nach dem Kriege eine ungeheure Menge der wichtigsten Aufgaben zu lösen sind.

Schafft darum unablässig neue Leser!

Gewerkschaftliches

Verhandlungen im Baugewerbe

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, finden gegenwärtig in Berlin zentrale Unterhandlungen zwecks Erhöhung der Bauarbeiterlöhne statt. Zeit wird es auch, daß diese erhöht werden. Denn die Bauarbeiter, die vor dem Krieg mit dem besten entlohnt wurden, sind mit ihren Löhnen während des Krieges weit zurückgefallen hinter anderen Berufsgruppen. Eine Aufbesserung tut dringend not.

Der deutsche Bergarbeiterverband.

hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres erfreulicherweise 44 999 neue Mitglieder gewonnen. Der Mitgliederstand betrug 1. Oktober 1917: 96 089.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Arbeiter der Kaiserlichen Werke in Kiel.

Auf die von den Arbeitern der Kaiserlichen Werft in Kiel eingereichten Lohnforderungen ist die Antwort in Form eines Beschlusses auf der Werft erfolgt. Sind auch nicht alle Forderungen erfüllt, so bedeutet doch die in dem Anschlag bekanntgegebene Billigung eine nicht unerhebliche Verbesserung der Lohnverhältnisse. Die Organisationen, denen die Werftarbeiter angehören, Erfolg für sich buchen können. Die Stundenlöhne werden vom 1. November ab um 5 Pf., für minderjährige Arbeiter und Arbeiterinnen um 3 Pf. erhöht. Die Monatslöhne erhalten von demselben Zeitpunkt an eine Lohnerhöhung von 10 Mark monatlich. Die Zulagen für Ueberstunden werden wie folgt geregelt: 25 Prozent Grundlohn für die ersten zwei Ueberstunden, 50 Prozent für die weiteren, 25 Prozent für Nachschichtstunden, 25 Prozent für 9 Sonntags- und Festtagsstunden, 50 Prozent für die zehn weiteren Sonn- und Festtagsstunden.

Aus der Partei

Die Spaltungsmänner an der Arbeit.

Auch die sozialistische Stadtverordnetenfraktion in Königsberg i. Pr. ist durch die Unabhängigen gespalten worden, gleich unsere Genossen im Stadtverordnetenkollegium alles vermeiden, was zur Spaltung führen konnte. In einem Fraktionsrat konnten die Unabhängigen sogar die Abstimmung nach eigener Ueberzeugung vornehmen. Mehr Toleranz konnten sie wohl nicht verlangen. Als Grund der Spaltung geben die Unabhängigen die tiefgehenden politischen Meinungsverschiedenheiten an, die die beiden Richtungen trennen und die auch der Behandlung kommunalpolitischer Angelegenheiten nachgeschaltet werden könnten.

Drei sozialdemokratische Stadträte.

gibt es jetzt in Dresden. Im Herbst 1915 wurde Genosse Braun gewählt. Neuerdings sind die Genossen Krüger und Reichstagsabgeordneter Buck in den Magistrat gewählt worden.

Stadthagen für Reventlow.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt einen Artikel Ariur Stadthagens wieder, in dem dieser dem Grafen Reventlow gegen die Griffe des „Vorwärts“ zu Hilfe eilt. Jeder kann sich seine Schlüsse nach eigenem Geschmack ausziehen, Stadthagen aber vertritt seine Aktion für Reventlow mit einer Fülle persönlicher Angriffe gegen Scheidemann und mich, wobei er erzählt:

Scheidemann machte im Jahre 1915 Anstrengungen, ihn zu reklamieren: Stämpfer widersprach diesen Bestrebungen und genügte seiner Militärpflicht in Oesterreich. Nachdem er ein Monate Pulver gerochen hatte, wurde ihm wieder nahegelegt, einem Reklamationsgesuch zuzustimmen. Stämpfer ließ sich weichen. Er ist seit langer Zeit reklamiert.

Da Stadthagen meine Angelegenheiten so gut kennt, so er jedenfalls auch wissen, daß ich mich erst „erweichen ließ“, nachdem ich drei Monate krank im Lazarett gelegen hatte, ohne meine Felddienstfähigkeit wiederhergestellt worden wäre. Was verheimlicht er das?

Stadthagen sagt auch die Unwahrheit, wenn er behauptet, hätte „die Geißel über die Drückerberger geschwungen“. Ich habe in der Notiz gegen Reventlow nur die Leute bekämpft, die das Kriegsende an eigenen Leiden kennen gelernt zu haben, kriegerische Ziele propagieren.“ Um diesen Leuten beizuhelfen beschimpft mich Stadthagen.

Was er sonst an Klatsch zusammenträgt, ist so albern, daß eine Widerlegung nicht lohnt.

Aus aller Welt

— Aus Angst vor dem Mann aus dem Fenster gesprungen. In der Eichenstraße 155 in Berlin spielte sich Montag früh eine Tragödie ab. Dort wohnt eine Frau Fiese Jacobsti, deren Mann eingezogen ist. Frau Jacobsti benutzte die Abwesenheit ihres Mannes um einen etwas leichteren Lebenswandel zu führen. Als gestern mittag der Mann auf Urlaub kam, fand er seine Frau nicht zu Hause. Sie kam erst heute am frühen Morgen heim. Als sie im Mann erblickte, öffnete sie sofort ein Fenster ihrer im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung und stürzte sich auf den Hof hinab. wurde in hoffnungslosem Zustande in die Charité eingeliefert.

— 75 000 Mk. Diebesbente in einer Nacht. Wohnungsbesitzer machten in der Nacht zu Montag in Berlin mehreren Stellen wieder sehr reiche Beute. Für 47 000 Mk. Wertgegenstände fielen bei dem Kaufmann R. in der Kaiserallee in die Hände. In dem Handlungsgeschäft von Marie Hecken in der Charlottenstraße wurden für 20 000 Mk. farbige und weiße Leber- und Stoffschuhe gestohlen. Für 4000 Mk. goldene Schmuckgegenstände und 100 Münzen sind aus einer Privatwohnung in der Pariser Straße mündel worden.

— Große Eisenbahndiebstähle. Schon seit längerer Zeit haben auf dem Schlesischen Güterbahnhof in Berlin Diebstähle von Eisenbahnteilen und größeren Gütern festgestellt, die immer anfang zunehmen und schließlich die Eisenbahnverwaltung zu einschneidenden Maßnahmen veranlassen. Es ergab sich, daß von dem großen Beamtenheer sich viele ungetreue Angestellte befanden, meistens solche, die zur Ausschilfe angenommen worden waren. Veranlassung der Eisenbahndirektion wurde Sonntag bei familiärer Besprechung der Beamten eine Durchsichtung vorgenommen. Diese Durchsichtung bestätigte den Verdacht. 13 Personen, Lokomotivführer, Heizer, Rangierer, Gepäckträger und Gepäckträgerinnen, andere Hilfsbeamten, bei denen man die verdächtigsten gestohlenen Sachen, meistens Lebensmittel und Kleidungsstücke vorfand, wurden sofort festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt. einer Durchsichtung der Wohnungen der ungetreuen Beamten wurden noch weitere gestohlene Sachen vorgefunden. Mehrere hatten einen schwunghaften Handel getrieben, indem sie die Waren an auf Eisenbahnen weiterverkauften. Der Erlös aus diesem Handel, Teil größere Summen, wurden beschlagnahmt. Die Diebstähle wurden in den meisten Fällen mit großer Dreistigkeit ausgeführt worden. waren einige Beamte auf dem Rangierbahnhof mit der Lokomotive an dort stehende Güterwagen herangefahren, hatten aus diesen die geeigneten Güterstücke zu sich auf die Lokomotive genommen und die Beute dann zunächst versteckt, um sie bei Gelegenheit zurückzugeben.

Das die Beziehungen zu Rußland durch einseitige Ver-
erklärungen der Mittelmächte während des Krieges für jetzt und
später nicht verbessert werden können, liegt auf der Hand.
Ob ein habsburgisches Polen Deutschlands Freund sein würde,
darüber kann man verschiedener Meinung sein. Optimismus in
dieser Beziehung ist nur dann berechtigt, wenn die nationalen
Ansprüche der Polen im Königreich Preußen restlos befriedigt
werden. Andernfalls kann habsburgisches Polen für Preußen
ein wenig bequemer Nachbar sein.

Litauen und Kurland sollen gleichfalls in den mittelmäch-
tigen Wirtschaftsverband mit einbezogen werden. In all-
deutschen Blättern wird bereits von baltischen Eblen der Pian
erörtert, ihre bis auf einen geringen Prozentsatz fremdsprachige
Bevölkerung „einzudeutscheln“. Sollten die Erfahrungen, die
man mit dieser „Eindeutschung“, auf deutschgermanisierungs-
politik gemacht hat, nicht schrecken? Und wie will man diese
Politik durchführen, wenn man, wie gezeigt wurde, den preußi-
schen Polen gegenüber eine direkt entgegengesetzte Politik
treiben muß? Können die nationalen Kämpfe, die in Litauen
und Kurland zu erwarten sind, sich nicht zu einer schweren
inneren und äußeren Gefahr für das Deutsche Reich aus-
wachsen?

Die Wirkung der geplanten Annexionen auf Rußland
wird zurzeit niedrig eingeschätzt. Man meint, Rußland sei
groß genug, um den Verlust eines verhältnismäßig kleinen
Teils seines Gebietes verschmerzen zu können, einen Verlust,
mit dem es sich innerlich schon abgefunden habe. Wir fürchten,
daß diese Annahme nicht zutrifft. Auf alle Fälle scheint uns
ein gutes Verhältnis zu Rußland nach dem Kriege für die
Völker so wertvoll zu sein, daß dieses Verhältnis nicht gefährdet
werden darf, um eine polnische Adalgskrone und einen kur-
lischen Herzogtum zu gewinnen.

So stehen also die Dinge! Wenn die Fragen des Ostens
bis zum Kriegeschluss in Schwärze bleiben, so brauchen wir
nur zu kämpfen, bis die Möglichkeit eines Verständigungs-
friedens gegeben ist. Wird aber Polen noch während des
Krieges habsburgisch, Kurland und Litauen hohenzollerisch,
dann müssen wir so lange kämpfen, bis sich der ganze gewaltige
Weltbund, der gegen uns steht, mit der Last dieser Ein-
verleibung abgefunden hat. Das läuft zweifellos auf eine Ver-
längerung des Krieges zum Zwecke von Eroberungen hinaus.
Zugleich entsteht die Gefahr, daß die Mittelmächte, nachdem
sie sich im Osten festgerannt, in ihrer ganzen auswärtigen
Politik auf eine zwangsläufige Bahn geraten, von der heute
noch niemand weiß, wohin sie führt.

Daß damit der Krieg seinen Charakter vollständig ändern
würde, braucht ebensowenig näher ausgeführt zu werden, wie
daß die Verwirklichung jener W. einen vollständigen Bruch
mit der bisher betriebenen Politik der Mittelmächte bedeutet.
Da man aber dem Reichstag, der sich am 19. Jull für eine
Politik ohne „Eroberungslust“ aussprach, von diesen Plänen
noch nichts gesagt hat, so muß man, allen gegenteiligen Be-
richtigen zum Trotz, annehmen, daß sie noch recht weit in der
Luft schweben. Von dort möge man sie baldmöglichst herab-
holen und in den Ort zu befördern, wohin sie gehören. Der
Presse aber fällt in diesem Augenblick die Aufgabe zu, vor-
abenteuerlichen Schritten zu warnen, deren Konsequenzen in
bezug auf die Sozialdemokratie klar, im übrigen aber unabseh-
bar sind!

Wizetanzler von Bayer

Berlin, 13. November. Wie der „Vol.-Anz.“ hört, wird Herr
von Payer auf sein Reichstagsmandat verzichten, so lange der Artikel
der Reichsreform nicht aufgehoben ist.

Der Grund für diese Sinnesänderung besteht in der Erwägung,
daß der neue Vizetanzler: so lange den Grafen Herling im Bundesrat
mit es Dr. Hefnerich tat, nicht vertreten und keine Auffassung
von der zu befolgenden reichsdeutschen Politik nicht zur Geltung
bringen bzw. einen Einfluß dort überhaupt nicht üben kann.

Das Amt des Vizetanzlers des Reiches wird nunmehr bis auf
weiteres eine selbständige Stelle. Der Vizetanzler bezieht 50 000 Mk.
Einkommen, und zwar ist das Gehalt auf 36 000 Mk. festgesetzt. Dazu
erhalten noch 14 000 Mk. Aufwandsgehalt und freie Wohnung nebst
Beräteausstattung. Die Stelle des Vizetanzlers des Reiches wird nunmehr
Staatsministeriums, die bisher nebenamtlich wahrgenommen und
zwei zum Hauptamt wurde, ist mit Bezügen von 54 000 Mk. aus-
gestattet und zwar 36 000 Mk. Gehalt und 18 000 Mk. Aufwandsgehalt
wie freie Wohnung.

Bayerische Parlamentarifizierung

München, 12. November. Zur Berufung des Staatsrats
von Dandl zum Minister des Äußern und Vorsitzenden im Minister-
rat schreibt die sozialdemokratische „Münchener Post“: „Selten hat wohl
die Berufung eines Ministers in allen politischen Lagern so wenig
Widerpruch gefunden, wie in diesem Falle. Es darf übrigens fest-
gestellt werden, daß die Ernennung des Herrn von Dandl erst ge-
geben ist, nachdem die Parteien des Landtags von dieser Absicht
erklärt und darüber gehört worden waren.“

Zur Reichstagswahl in Baugen-Kamenj

Eine sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung des
alten tschechischen Wahlkreises hat beschlossen, in den Wahlkampf um
den Tod des Abg. Grafen erledigten sich einzutreten.
Rückgebend für den Entschluß war die Erwägung, daß bei den gegen-
wärtigen politischen Verhältnissen der Kampfzustand zwischen den An-
hängern und den Gegnern des Verständigungsfriedens von vorn-
herein gegeben ist und daß alsbald nach dem Tode Grafen, der als
Reformer gewählt und der konservativen Fraktion als Hospitant be-
trachtet war, die führenden konservativen Blätter ohne jede Heraus-
forderung von anderer Seite erklärten, die Nachwahl müsse zu einem
Kampfe für oder gegen den „Verständigungsfrieden“ werden. Bei der
Wahlwahl 1912 wurden für den Reformen 13 554, für den Sozial-
demokraten 11 412 Stimmen abgegeben. Den Ausschlag in der
Wahlwahl gaben 7889 zum Teil nationalliberale Stimmen, die auf
ein Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei gefallen waren. Sie
stimmten sich, so daß der Reformen noch einmal, mit 17 430 gegen
10 922 sozialdemokratische Stimmen siegen konnte. Das Zentrum,
es 1907 genau 700 Stimmen zählte, stellte 1912 kein Kandidaten
auf. — Um die vermeintlich alleinerbachtete Kandidatur freieren sich
Reformer (Deutschösterreicher) mit den Konservativen. Als sozial-
demokratischer Kandidat wurde von der Vertrauensmännerversamm-
lung des Reiches Landtagsabgeordneter Genosse Otto Hellig auf-
gestellt. — Für die Stimmgebung, wenigstens in einem Teil des Wahl-
kreises ist folgender Vorgang beachtenswert: Bald nach Grafen Tode
Kammetz der Direktor des Bundes der Landwirte, Landtagsabg.
Schmidt-Freiberg, die Landwirte der Baugener Gegend zu einer
Sprechung, um für die Kandidatur des Herrn T r i p p i Stimmgebung
zu machen. Dabei bediente er sich eines gegen Kniffs. Er versicherte
zu der Behauptung, Scheidemann werde im Reichstag beantragen,
einen Teil des bäuerlichen Besitzes zu konfiszieren; dagegen
gab sich sogar ein wendisch-konservativer Landtagsabgeordneter, um
den solchen Schwindel zu protektieren (er gebrauchte selbst das
Wort), und an der Spitze der wendischen Bauern die Verammlung
zu verlassen.

Stabsberobnerwahl in Schöneberg — eine Probe

Die Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg, bei der die
Unabhängigen besondere Kandidaten aufstellten, ergaben fol-
gendes Ergebnis:
3. Bezirk: Rathmann (Sozialdemokrat) erhielt 68 Stimmen und
Peterfon (Unabhängige Partei) 97 Stimmen. Gewählt:
Peterfon.
5. Bezirk: Mohr (Soz.) 125 Stimmen und Bollnd (Unabhängige)
55 Stimmen. Gewählt: Genosse Mohr.
6. Bezirk: Magnan (Soz.) 108 Stimmen und Eduard Bernstein
Unabh. 29 Stimmen. Gewählt: Genosse Magnan.
7. Bezirk: Rottländer (Soz.) 77 Stimmen und Eduard Bernstein
(Unabh.) 39 Stimmen. Gewählt: Genosse Rottländer.
9. Bezirk: Stenzel (Soz.) 97 Stimmen und Eduard Bernstein
(Unabh.) 61 Stimmen. Gewählt: Genosse Wilhelm Stenzel.
11. Bezirk: Jodel (Liberal), Leonhardt (Liberal) erhielten 250 Stimmen
und Eduard Bernstein und Martens (Unabh.) je 22 Stimmen.
Gewählt: Jodel und Leonhardt (Liberal).

Es sind also gewählt: 4 Sozialdemokraten, 2 Liberale
und 1 Unabhängiger. Für die sozialdemokratische Mehrheit
wurden insgesamt 480 Stimmen und für die Unabhängigen
insgesamt 302 Stimmen abgegeben. Damit dürfte die Un-
abhängigen wohl gezeigt sein, wie die arbeitende Bevölkerung
denkt, und daß sie auch in den großen Vororten Groß-Berlins,
das die Unabhängigen so gern ganz für sich in Anspruch
nehmen, in ihrer bedeutenden Mehrheit der alten sozialdemo-
kratischen Partei die Treue währt, die ihrerseits unentwegt
den alten Grundsätzen gemäß ihr Programm weiter vertreten
wird.

Das neue preussische Herrenhaus

Aus Hinterpomern berichtet ein gelegentlicher Mitarbeiter
der „Frankfurter Zeitung“ über die künftige Zusammensetzung des
preussischen Herrenhauses, so wie sie von der Staatsregierung geplant
ist, werden bei uns nähere Angaben verbreitet. Danach sollen die
Familien des reichsunmittelbaren Adels 24 Sitze und die Vertreter
des altangesessenen Grundbesitzes ebensoviel einnehmen. Daneben
erhält die Landwirtschaft noch 48 Vertreter zugesichert, die von den
Landwirtschaftskammern zu wählen sind. Handel und Industrie er-
halten gleichfalls 48 Vertreter, die von den unorganisierten Handels-
kammern gewählt werden; über die Verteilung dieser Sitze zwischen
Handel und Industrie scheint noch nichts bestimmt, jedenfalls aber
sollen beide Berufe ihre Vertreter gesondert wählen. Im Gegensatz
hierzu sind dem Handwerk nur 12 Sitze zuerkannt, die aus den Hand-
werkstammern hervorgehen sollen. Die Arbeiter erhalten 24 Sitze.
Den Oberbürgermeistern werden gleichfalls 24 Sitze vorbehalten, den
kleineren Städten 36 und den ländlichen Selbstverwaltungskörpern
ebenso viele. Die Hochschulen sowie die protestantische und katholische
Geistlichkeit werden, aller Uebung entsprechend, im Oberhaus ihre
Vertretung behalten und zwar die Hochschulen mit 12 Sitzen, die
Geistlichkeit mit 17 Sitzen (9 und 8). Wie übrigen bürgerlichen Be-
rufe aber fallen aus! Auch für die Angestellten ist eine Vertretung
nicht vorgesehen. Aus allerhöchstem Vertrauen sollen etwas über
100 Mitglieder für das Herrenhaus ernannt werden dürfen, während
gegenwärtig das Ernennungsrecht des Königs unbeschränkt ist. Ob
diese Liste bereits die endgültige Zusammensetzung der künftigen
Ersten Kammer darstellt, ist nicht bestimmt zu erkennen.
Eine derartige Reform wäre für die Kammer und würde niemand
zufriedenstellen. Das ganze Herrenhaus ist überflüssig.

Den Polizeibeamten das Koalitionsrecht

Der Minister des Innern hat dem ersten Vorsitzenden der
Berliner Vereinigung der Polizeiwachmeister auf sein Gesuch mit-
geteilt, daß gegen die Gründung eines Verbandes der Polizei- und
Kriminalwachmeister Preußens nichts einzuwenden sei. Die Ver-
einigung der Polizeiwachmeister Groß-Berlins hat daraufhin eine
Einladung an die Kameraden im Königreich Preußen ergehen lassen,
zu der Gründungsversammlung am 20. November d. J. zu er-
scheinen oder Abordnungen zu entsenden.
Damit hat der Minister des Innern in einer vielumstrittenen
Angelegenheit das Schlußwort gesprochen; er hat endgültig mit
dem System Jagow-Loebach gebrochen, das sich gegenüber den ver-
schiedenen Eingaben der Berliner Polizeiwachmeister, ihnen das
Koalitionsrecht zu gewähren, ablehnend verhielt.

Der Wert der Parlamentarisierung, für die die Sozialdemo-
kratie in erster Linie kämpfte, wird hierdurch praktisch bewiesen.

Zur Frage der Kriegsschädigung

In einem langen Forschungsartikel des roten „Log“ sucht der
Wirt. Geh. Rat Dr. Karl Binding, der bekannte frühere Leipziger
Univeritätsprofessor, die Forderung einer Kriegsschädigung, die
Deutschland von seinen Gegnern verlangen müsse, rechtlich und mora-
lisch zu begründen. Geh. Rat Binding tritt im Prinzip durchaus
für eine Kriegsschädigung ein und sucht die dagegen erhobenen
Einwände zu entkräften. Aber nachdem er dies in mehreren hundert
Druckzeilen getan hat, schließt er gleichwohl seinen Artikel mit folgen-
dem Bekenntnis:

Das aber ist richtig: eine Verlängerung des Krieges bewirkt,
lediglich im Gefah der Kriegskosten zu erlangen, hieße handeln wie
Frankreich, das trockenen Auges der Verwüstung seiner herrlichen
Provinzen zuschau, getrübt durch das Trugbild der Wieder-
erlangung der früher ihm so gleichgültigen Lande Glas und
Kochbrühen.

Ob Professor Binding beim Schreiben dieser Schlusszeilen nicht
seiner ein wenig die Empfindung gehabt hat, daß seine ganze veran-
gebende Theorie etwas Streit um des Kaisers Bart ist?!

Die telegraphische Kellame

der „Baterländischen“ mit der „Treue“ und „Berührung“ zum Kaiser
und zu Hindenburg gefüllt sogar der konservativen „Elbinger Zeitung“,
die der „Deutschen Tageszeitung“ ganz nahe steht, nicht. In
einem Artikel „Das Antelegraphieren“ wendet sie sich dagegen, diese
Treue usw. stets als besondere Auszeichnung für sich selbst so hervor-
zuheben, als ob andere sie nicht besäßen. Diese Methode mag einer
Befürworter eigener Gefühle zur Aufschuldigung gegen andere, die
gerade auf diesem Gebiet und in dieser Zeit peinlich wirken müsse.
Die so betonte Treue sei doch einfach eine Selbstverständlichkeit.
Deshalb sei ihre Aufschuldigung höchst überflüssig. Schon mit Rücksicht
auf die heutige Ueberlastung des Telegraphen und die den Adressaten
zugewandten Zettel für die Beantwortung müsse sie verworfen
werden. Schließlich meint die „E. Z.“, was sollte denn auch immer
neues geantwortet werden. Es könne schließlich doch nur Schema
werden.

Verleumdung aus „Wichtigkeit“

In einer Leipziger Versammlung der „Unabhängigen“ hatte
Reichstagsabgeordneter Geyer behauptet, die Sozialdemokratie habe
schon zuvor Kenntnis von dem Plan des Reichstagsabgeordneten Dr. Witznias
gehabt, die „Unabhängigen“ mit ausnahmsgegesetzlicher Behandlung
zu bedrohen. An der Hand des Stenogramms über die Reichstags-
sitzung vom 10. Oktober hatte darauf die „Chemnitzer Volksstimme“
ihm nachgewiesen, daß diese Verleumdung wider besseres Wissen aus-
gesprochen worden sei. Demgegenüber hat die „Leipziger Volkszeitung“
sich auf eine Andeutung der konservativen „Kreuzzeitung“ be-
ruhen, die Geyers Behauptungen stützen sollte. Jetzt erklären
Scheidemann und Ebert in einer Zuschrift an das Chemnitzer Partei-
blatt, daß sie es ablehnen müßten, auf so gemeine Unterstellungen auch
nur mit einem einzigen Wort zu erwidern. Das einzig Wahre an
der ganzen Geschichte sei, daß sie nach einer Besprechung der Mit-
telung über das Vorgeschick an die Presse geben. Jetzt erklären
einer Bezugnahme auf die „Unabhängige“ Partei war dabei nicht
mit einer Silbe die Rede. Die Verdrehungen der „Leipziger Volks-
zeitung“ werden als gewerdmäßige Verleumdung derb zurück-
gewiesen.

Obert und Scheidemann haben also verlangt, daß alle Ueber-
stellungen jener bedauerlichen Vorfälle durch eine authentische Mit-
teilung erledigt werden. Sie wollten also das strikte Gegenteil von
erzielt hat. Sie haben auch nicht das mindeste von dem gelan-
den, wahrheitsgemäßen Aufklärung war nur, womöglich den vorerwähnten
Eindruck zu bewirken, den das tatkräftige Auftreten der sozialdemo-
kratischen Reichstagsaktion gegen Michaelis auf alle Verleum-
ungen hat.

Deutung läßt sich aber nicht künstlich erzeugen. Deshalb
mußte dieser kindliche Versuch, sich Wichtigkeit und Beachtung zu er-
trogen, schon an seiner politischen Unmoral kläglich scheitern.

Rußland

Die neue Umwälzung
beurteilt Hans Virst, einer der besten Kenner russischer Ver-
hältnisse im „Berliner Tageblatt“ wie folgt:

Lenins Herrschaft bedeutet die Diktatur des Proletariats in
Rußland, und wenn es ihm gelingt, die Macht in die Hände zu
nehmen und damit seine Theorien in die Praxis umzusetzen, so ist
das ein Versuch, dessen Gelingen oder Mißlingen durch anfeuerndes
oder abschreckendes Beispiel einen in gleicher Weise bedeutenden Ein-
fluß auf die Entwicklung der sozialen Verhältnisse der ganzen Welt
ausüben muß. Wenn sich die Herrschaft der Arbeiter- und Soldaten-
räte in Rußland tatsächlich verwirklicht, so tritt die soziale Frage
relativ in den Vordergrund und es wird noch öfter davon die
Rede sein müssen.

Eine Frage, an der Lenin scheitern könnte, ist die schleunige
Herbeiführung des Friedens. Denn wenn er auch die Macht in Ruß-
land völlig an sich reißen könnte, so stände er doch noch in dieser Frage
anderen Mächten gegenüber, über die er keine Gewalt hat. Der
Friede aber ist die hauptsächlichste und dringendste Forderung des
russischen Volkes, und keine Partei wird sich in Rußland lange am
Ruder erhalten können, wenn sie nicht imstande ist, diese Forderung
zu erfüllen. Nur wäre es völlig verfehlt, anzunehmen, daß eine
Regierung Leninscher Richtung mit vollen Segeln auf den schnellen
Separatfrieden mit den Mittelmächten lossteuern würde. Die Bolsche-
wisten sind eine revolutionäre Partei, und ein diplomatischer Sonder-
frieden ist für sie grundsätzlich eine Unmöglichkeit. Sie werden be-
stehen durch einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten dem ver-
hassten deutschen Imperialismus zum Siege zu verhelfen.

Vermögen die Bolschewisten den Weg zum Frieden nicht zu
finden, so wird dadurch der Boden bereitet, um auch die neue Herr-
schaft, welche die Erwartung des Volkes nicht erfüllt, zu stürzen und
Jedenfalls scheitern die russischen Bolschewisten zum Siege zu verhelfen.
Jedenfalls scheitern die russischen Bolschewisten entschlossen zu sein, sich
den Mittelmächten nicht zu unterwerfen. Man kann sich über die
Stimmung in ihren Reihen aus einer Rede des Delegierten der balt-
ischen Flotte ein Bild machen. Er sagte: „Wenn Petersburg den
Deutschen übergeben wird, so wird die Flotte abgeschliffen. Aber
nicht ein einziger Matrose wird an Land gehen. Wir werden alle
in den Besten des Baltischen Meeres untergehen. Die Flotte wird
ihre Pflicht erfüllen, nicht weil sie sich der provisorischen Regierung
unterwirft, sondern weil sie auf der Wacht der Revolution steht.“
Dies zur Illustration der Tatsache, daß auch die Bolschewisten nicht
bereit sein dürften, Friedensbedingungen, wie die in bezug auf Polen,
Litauen und Kurland proklamieren, zu unterschreiben.

Insmerhin würde eine bolschewistische Regierung das ganze
Gewicht Rußlands für einen demokratischen Frieden in die Waagschale
werfen.

Die neuen Männer

Lenin, dessen bürgerlicher Name Wladimir Iljanow ist, ist der
breiteste Deffenheit seit dem zweiten Parteitag der russischen
Sozialdemokratie, der im Jahre 1903 in Brüssel und in der Schweiz
abgehalten wurde, bekannt. Er ist nicht ganz 50 Jahre alt. Auch als
volkswirtschaftlicher Schriftsteller ist er bekannt. Noch vor der ersten
Revolution hat er neben mehreren Artikeln volkswirtschaftlichen In-
halts, die er in der legalen Presse veröffentlichte, unter dem Pseud-
onym Wladimir Iljin ein umfangreiches Buch über Rußlands Wirt-
schaft herausgegeben. Im politischen Leben tritt er äußerst energisch
und rücksichtslos auf. Schon auf dem erwähnten Parteitag war er der
Vorsitzende der Richtung, die später bolschewistisch benannt wurde.
In allen Phasen des Parteistreiches trat er für eine vollständige
Spaltung und Trennung von den „Opportunisten“ ein. Vor 13 bis
14 Jahren lebte er in Deutschland, in München. In der ersten Revo-
lution kam er nach Rußland zurück, mußte aber später wieder die
Gefahr verlassen. Er lebte die letzten Jahre vor dem Kriege in
Kraukau, von wo aus er die damals existierende bolschewistische
Zeitung in Petersburg mit seinen Aufsätzen speiste. Beim Kriegs-
ausbruch wurde er von den österreichischen Behörden verhaftet, aber
nach kurzer Zeit aus der Haft entlassen, und er erhielt, dank der Mit-
wirkung des Genossen Victor Adler, gleich danach die Erlaubnis zur
Ausreise in die Schweiz. In der Schweiz hielt er sich dann auf, bis
die Revolution ihm die Möglichkeit der Rückkehr eröffnete. Wegen
angeblicher Verbindung mit dem Feinde wurde dann eine Anklage
gegen ihn erhoben, der er sich aber zu entziehen wußte.

Leo Trotski, dessen bürgerlicher Name Leo Bronstein ist, stammt
aus Nikolajew (Sibirien) und steht im Alter von etwa 37 Jahren.
Schon als Neunzehnjähriger wurde er wegen seiner Betätigung in
der Arbeiterbewegung nach Sibirien verbannt. Von dort entfloch er
und lebte lange im Auslande. Er war früher Menschewik, später
sonderte er sich von diesen ab und marschiert jetzt mit den Bolschewiken.
Im November-Dezember 1905 war er Vorsitzender des Petersburger
Arbeiterrates. Jetzt steht er ebenfalls an der Spitze des Petersburger
Sowjet. In Deutschland ist sein Buch über die „Russische Revolution“
(1905/1906), erschienen im Parteiverlage bei Kaden & Co., bekannt.
Die letzten Jahre vor dem Kriege lebte er in Wien. Der Krieg traf
ihn in Amerika an. Auf der Rückreise nach Rußland wurde er von
den Engländern in Halifax zurückgehalten, später aber auf Verstellun-
gen des Sowjet freigelassen.

Sinowjew, Lenins rechte Hand, junger Schriftsteller, der sich
besonders in der Bekämpfung des Opportunismus in den Reihen der
Sozialdemokratie betätigt. Er lebte früher gleich Lenin in Kraukau
und arbeitete von dort aus an dem Petersburger Bolschewistenblatt.
Seine äußeren Erlebnisse gleichen seitdem denen Lenins restlos.

Sibirien selbständig?

B. T. B. Kopenhagen, 13. November. Heute früh ist
hier eine Petersburger Meldung eingegangen, daß Sibirien
sich unabhängig erklärt und den ehemaligen Zaren zum Kaiser
von Sibirien ausgerufen habe.
Sehr wahrscheinlich klingt die Nachricht nicht.

Japan gegen Rußland?

Amsterdam, 13. November. Nach einem heftigen Stille-
melde die „Times“ aus Tokio: Die Nachrichten aus Rußland
haben in Tokio sehr beunruhigt. Die Börse stand stark unter
dem Eindruck der Neuigkeiten. Graf Lerschi hat die Ma-
növer abgelehnt. Allgemein wird angenommen, daß Japan
den Wünschen der Alliierten entsprechend handeln wird.

Gendet die Danziger
Volkswacht
euren Söhnen und Männern ins Feld!
Sie werden es euch danken!

Frankreich

Sturz des Ministeriums Painlevé

Paris, 13. November. (Havas.) Nach Besprechung von Interpretationen über die diplomatische und militärische Lage nahm die Kammer mit 250 gegen 192 Stimmen eine Vertrauens- Tagesordnung für die Regierung an. Nach Schluss der Sitzung trat das Ministerium zurück.

Diese Nachricht ist ohne Kenntnis der vorhergegangenen Verhandlungen nicht ganz verständlich. Offenbar hat das Ministerium Painlevé sich nicht mehr im Vertrauen des Parlaments gefühlt, da von 392 Abgeordneten nur 250 ihm das Vertrauen bezeugten, während sich fast 150 der Stimme enthielten und 192 gegen das Kabinett stimmten. Ob der Tiger Clemenceau aus Aude kommt, der den Krieg härter führen will, oder ob irgend ein Brevetadmiral Caillaux Nachfolger wird, die nach dem Frieden streben ist noch nicht zu erkennen. Zum Sturz des Ministeriums haben sicher beide Teile beigetragen, friedensfreundliche Sozialisten und kriegswütige Deutschensprecher. Wer die Oberhand behält, ist noch nicht sicher, am Ende werden die Friedensfreunde siegen müssen — wie in Russland.

Sicher ist der Sturz des Kabinetts Painlevé aber ein Symptom für den hohen Grad der Unruhe, die Frankreich erfüllt hat. Die neuen Schläge in Russland und Italien lassen die erträumten Siegesaussichten der Entente immer fraglicher erscheinen, deshalb der wilde Wechsel der Regierungen, von denen keine helfen kann. Helfen kann nur — der Friede!

Kriegswirtschaft

6 Mark für eine Rolle Garn.

Zurzeit erhalten die Wollisten etwa 6 Prozent des Friedensbedarfs an Garnen und Wolle, bezw. also eine verschwindend kleine Menge, die für den großen Bedarf bei weitem nicht genügt. Natürlich hat sich auch der Schleiß- und Kettenhandel des Nähgarns bemächtigt. Da sich irgendwas noch alte Bestände auf dem Lande und in den Kleinfäden befinden, tauchten die wilden Händler auf und zahlten bis zu 6 Mark für eine Rolle Garn, natürlich auch entsprechende Preise für Wolle oder Baumwolle. Besonders in Ober-Schlesien haben polnische Händler alles erreichbare Garn aufgekauft und für das Gros Maschinenobergarn bis 900 Mark gezahlt. Jetzt werden in Oberschlesien aus dem Sosnowitzer und Jaworznoer Bezirk (Hinterreichsweiler) große Spulen Zwirn zu 2 Mark das Stück verkauft. Auf diesen Spulen sind aber nur zwei Gänge Zwirn aufgewickelt, der Rest ist Holz. Eine ähnliche Bewandnis hat es mit der Baumwolle, die von schlaun Händlern so auf Papierrollen aufgewickelt ist, daß sie den Anschein einer dicken Schicht hat; tatsächlich ist der ganze Faden nur 1 1/2 Ellen lang (ein knapper Meter). Dieser Schwindel ist noch möglich, trotz allerlei Gesetzen und Einrichtungen gegen Wucher und unfaulern Handel.

Schnapsgewinne — und Löhne

Die bekannte Schnapsfabrik H. G. Kontorowicz arbeitet mit 1 1/2 Millionen Mark Aktienkapital. Für das letzte Jahr brachte sie noch reichlichen Abschreibungen 533 434 Mt. Reingewinn heraus, somit fast 48 Prozent des Aktienkapitals. Die Summe der Löhne, Gehälter, jerner die Kosten für Heizung, Beleuchtung, Versicherungen, Fuhrwerk, Reparaturen, Instandhaltung der Gebäude, Maschinen usw. ergibt zusammen nur 837 248 Mt., also nicht wesentlich mehr als der Reingewinn ausmacht. Es werden 15 Prozent Dividende verteilt; außerdem 102 578 Mt. an Landleuten, die damit 7 Prozent vom Aktienkapital betragen.

Das Ernährung-Geld

Die Arbeiter-Subkommissionen fordern in ihrem Bericht den Oberbürgermeister auf, an zuständiger Stelle für die Bildung der Rationierung von sieben auf zehn Pfund zu wirken. Die Rationierung soll sich auf alle Lebensmittel erstrecken, die bei dem Schwund usw. nicht einmal erreicht werden unter keinen Umständen für die Bevölkerung ausreichte, niemals für die Schwerarbeiter. Man dürfe sich an entscheidender Stelle Berlin keiner Täuschung hingeben über den körperlichen Zustand arbeitenden Bevölkerung, und es müsse alles getan werden, um dem Landwirt die überschüssigen Mengen zur freien Verfügung überlassen wolle, bevor die menschliche Ernährung sichergestellt werden ist.

Kriegswunder mit Koks

Eine empfindliche Strafe verhängte die I. Strafkammer Berliner Landgerichts über einen Kohlenhändler. Als die Kohlen für ein großes Maß, hatte er u. a. Koks mit 1,70 Mt. für Scheffel verkauft. Das entsprach einem Preis von 3,40 Mt. den Zentner, während er unter Zurechnung sämtlicher Unkosten höchstens 2,50 Mt. hätte verlangen dürfen. Vom Schöffengericht Berlin Mitte war er wegen dieser Vorgänge zu der erheblichen Strafe 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden, da er die wirtschaftliche Lage erheblich ausgenutzt habe. Gegen das Urteil legte sowohl Amtsanwalt wie auch der Angeklagte Berufung ein. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis, da sich der Angeklagte gewissermaßen noch als Wohltäter der Menschheit ausspiele. Das Ergebnis war, daß der Angeklagte, der Kohlenhändler Fritz Trenk seine 14 Tage Gefängnis bezieht.

Stets eine Besage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Danz. Königsberger Volkszeitung, B. m. b. H., Königsberg i.

FREYMANN G. m. b. H.

Röcke

- aus dunkeln Stoffen :: Glockenform :: schmaler Gürtel 39⁷⁵
- aus orangestreiftem Stoff mit Taschen und Knopfgarnierung 45⁰⁰
- aus reinwollenem Cheviot in jugendlicher Form 48⁰⁰
- aus gutem, weichem Stoff in modernen Streifen 52⁰⁰
- aus schwarz und marineblauen Stoffen :: neue flotte Form 58⁰⁰
- marine u. schwarz, solide Qualität, mit gross. Tasche und Knopfgarnitur 62⁰⁰
- aus flauschartigem Stoff. Dunkle Farben. Moderne Ausführung. 69⁰⁰
- aus gutem Cheviot in vornehmer Ausführung. 82⁰⁰

Mäntel

- aus melioriertem Stoff, in jugendlicher fescher Form 82⁰⁰
- aus kleinkariert. Stoff, mittelfarbig, lose Glocke mit Gurt 72⁰⁰
- aus prima schwarz. Eskimo, fesche Form und Raglan-Aermel 125⁰⁰
- aus Wollplüsch, auf prima Cloth gearbeitet 190⁰⁰
- modernes Stoff, flotte Form 168⁰⁰
- m. gr. Pelzkrag, z. Hüfte, auf reiner Seide gearbeitet 220⁰⁰
- aus gepresstem Seidenplüsch, jugendl. Form, auf Seidenserge gearbeitet 150⁰⁰
- aus Velour, fesche Blumenform, auf guter Seidenserge gearbeitet 188⁰⁰

Blusen

- aus crème Tüll mit schwarzer Sammetgarnierung 10⁷⁵
- aus crème Tüll und Spachtel-Vorderteil 12⁵⁰
- aus gutem Voile in hübschen türkischen Mustern 14⁷⁵
- aus dunkel gebläutem Voile mit Glasbatistkragen 15⁵⁰
- aus crème Spachtelstoff mit schmaler Seidenweste 19⁷⁵
- aus schwarzem Tüll, elegante Verarbeitung, sehr vorteilhaft 24⁵⁰
- aus schwarzem Tüll auf weiss gearbeitet m. grossem Taffet-Kragen 29⁷⁵
- a. Seidensammet, weiss-schwarz gestreift, offen u. geschlossen z. tragen 42⁰⁰

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 25/6 Danzig Holzmarkt 23

Manufaktur- u. Modewaren
Damen- und Herren-Konfektion
Wäsche-Ausstattungen

Bildungsvereinshaus

Hintergasse 16, an d. Hundegasse



Edinburg-Theater

1 1/2 8 Uhr! Heute! 1 1/2 8 Uhr!

Das neue Varieté-Programm.

um Morgen Sonntag um

3 1/2 7 Uhr Zwei grosse Vorstellungen.

Bekanntmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 für den Stadtkreis Danzig folgendes angeordnet:

Unter Abänderung der Bestimmungen des Ortsstatuts betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 3. 5. 1906 § 1 C Ziffer 1—3 und D Ziffer 1 dürfen offene Verkaufsstellen an den Sonn- und Feiertagen vormittags bis zu weiteres auch in der Zeit von 11 1/2 bis 2 Uhr mittags den Geschäftsbetrieb offengehalten werden.

Die Verordnung tritt am 15. November 1917 in Kraft.
Danzig, den 31. Oktober 1917.

Der Kommandant der Festung Danzig.
von Pfuol,
Generalmajor.



Trauer-Goldstein

Beste Handstücke in billigen Preisen

Leinwandgasse 4, gegenüber der Markthalle

Schnupftabak

Edel gelassen, garantiert rein.

Julius Gosda, Kohlsaatgroßhandlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Ede Hälerg. Nr. 5 u. 2, Priesberggasse 5, Fernspr. 2428

Übergangswirtschaft und Arbeiterinteressen

Von Paul Umbreit. Preis 50 Pf.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Volkswacht

Danzig = Paradiesgasse 32

Druckarbeiten für Vereine und Private

in moderner Ausstattung

Wochenplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 19. November, abends 7 Uhr: „Die Hochzeit des Figaro“.

Dienstag, 20. November, abends 7 Uhr: „Fahrende Musikanten“.

Mittwoch, 21. November, abends 7 Uhr: I. Stasfonia-Konzert.

Donnerstag, 22. November, abends 7 Uhr: „Mignon“.

Freitag, 23. November, abends 7 Uhr: „Die beiden Götter“.

Samstag, 24. November, abends 7 Uhr: „Die berühmte Frau“. Lustspiel von Schöndan und Rabelburg.

Sonntag, 25. November, abends 7 Uhr: „Der arme Heinrich“. Ein Musikdrama von Strun. Musik von Hans Pfitzner. Zum 1. Male.

Teilung Fremdwörter

und politische Schlagwörter

versteht und versteht sich Adolf Braun

Preis 30 Pf.

Buchhdlg. Volkswacht Paradiesgasse 32

Gute Volks- und Jugendbücher

zum Preise von 10—50 Pfennig empfiehlt

Buchhandlung Volkswacht

Neue-Welt-Kalender 1918

erhältlich in der Buchhandlung Volkswacht.

„Volkshilfe“

Gewerkschafts-Genossenschafts- und Versicherungszeitung

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverkauf.

Man verlange Prospekt von der

Schnupftabakfabrik 15 Danzig

Braun Schmidt, Wittenbergstr. 36